

**No. 38110**

---

**Austria  
and  
Turkey**

**Agreement between the Republic of Austria and the Republic of Turkey on social security. Vienna, 28 October 1999**

**Entry into force:** *1 December 2000, in accordance with article 35*

**Authentic texts:** *German and Turkish*

**Registration with the Secretariat of the United Nations:** *Austria, 17 January 2002*

---

**Autriche  
et  
Turquie**

**Accord entre la République d'Autriche et la République turque relatif à la sécurité sociale. Vienne, 28 octobre 1999**

**Entrée en vigueur :** *1er décembre 2000, conformément à l'article 35*

**Textes authentiques :** *allemand et turc*

**Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies :** *Autriche, 17 janvier 2002*

[ GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND ]

**ABKOMMEN  
ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER REPUBLIK TÜRKEI ÜBER  
SOZIALE SICHERHEIT**

**Die Republik Österreich  
und  
die Republik Türkei**

von dem Wunsche geleitet, die Beziehungen zwischen den beiden Staaten im Bereich der sozialen Sicherheit zu fördern und mit der Rechtsentwicklung in Einklang zu bringen.

in Anerkennung des Grundsatzes der Gleichbehandlung der Staatsangehörigen der beiden Staaten bei Anwendung der innerstaatlichen Rechtsvorschriften über soziale Sicherheit und der Aufrechterhaltung der erworbenen Ansprüche und Anwartschaften.

sind übereingekommen, folgendes Abkommen zu schließen:

**ABSCHNITT I  
ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN**

**Artikel I  
Begriffsbestimmungen**

(1) In diesem Abkommen bedeuten die Ausdrücke

1. "Österreich"  
die Republik Österreich,  
"Türkei"  
die Republik Türkei;
2. "Rechtsvorschriften"  
die Gesetze, Verordnungen, Satzungen und sonstige allgemein rechtssetzende Akte, die sich auf die in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Zweige der sozialen Sicherheit beziehen und im Gebiet oder in einem Teil des Gebietes eines Vertragsstaates in Kraft sind;
3. "zuständige Behörde"  
die Bundesminister oder Minister, die mit der Anwendung der in Artikel 2 Absatz 1 angeführten Rechtsvorschriften betraut sind;
4. "Träger"  
die Einrichtung oder Behörde, der die Anwendung der in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften oder eines Teiles davon obliegt;
5. "zuständiger Träger"  
den Träger, bei dem die betreffende Person im Zeitpunkt des Antrages auf Leistung versichert ist oder gegen den sie einen Anspruch auf Leistungen hat oder noch haben würde, wenn sie sich im Gebiet des Vertragsstaates, in dem sie zuletzt versichert war, aufhalten würde;
6. "Wohnort"  
den Ort des gewöhnlichen Aufenthaltes;
7. "Aufenthalt"  
den vorübergehenden Aufenthalt;
8. "Familienangehöriger"  
einen Familienangehörigen nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dem der Träger, zu dessen Lasten die Leistungen zu gewähren sind, seinen Sitz hat;
9. "Versicherungszeiten"  
Beitragszeiten und gleichgestellte Zeiten, die nach den Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten als solche gelten;
10. "Geldleistung", "Pension" oder "Rente" eine Geldleistung, eine Pension oder eine Rente einschließlich aller ihrer Teile aus öffentlichen Mitteln, aller Zuschläge, Anpassungsbeträge, Zulagen sowie Kapitalabfindungen und Zahlungen, die als Beitragserstattungen geleistet werden.

(2) In diesem Abkommen haben andere Ausdrücke die Bedeutung, die ihnen nach den betreffenden Rechtsvorschriften zukommt.

## Artikel 2

### Sachlicher Geltungsbereich

- (1) Dieses Abkommen bezieht sich
1. in Österreich auf die Rechtsvorschriften über
    - a) die Krankenversicherung,
    - b) die Unfallversicherung,
    - c) die Pensionsversicherung mit Ausnahme der Sonderversicherung für das Notariat;
  2. in der Türkei auf die Rechtsvorschriften über
    - a) die Kranken- und Mutterschaftsversicherung (mit Ausnahme der Rechtsvorschriften betreffend die Pensionskasse der Republik Türkei und Bag-Kur),
    - b) die Versicherung gegen Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten,
    - c) die Invaliditäts-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung.
- (2) Dieses Abkommen bezieht sich auch auf alle Rechtsvorschriften, welche die in Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften zusammenfassen, ändern oder ergänzen.

## Artikel 3

### Persönlicher Geltungsbereich

Dieses Abkommen gilt

- a) für Personen, für die die Rechtsvorschriften eines oder beider Vertragsstaaten gelten oder galten;
- b) für andere Personen, soweit diese ihre Rechte vor den in Buchstaben a bezeichneten Personen ableiten.

## Artikel 4

### Gleichbehandlung

- (1) Bei Anwendung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates stehen dessen Staatsangehörigen gleich
- a) die Staatsangehörigen des anderen Vertragsstaates;
  - b) Flüchtlinge im Sinne der Konvention vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und des Protokolls hierzu vom 31. Jänner 1967, die im Gebiet eines Vertragsstaates wohnen;
  - c) Staatenlose im Sinne der Konvention vom 28. September 1954 über die Rechtsstellung der Staatenlosen, die im Gebiet eines Vertragsstaates wohnen.
- (2) Absatz 1 berührt nicht
- a) die österreichischen Rechtsvorschriften betreffend die Berücksichtigung von Kriegsdienstzeiten und diesen gleichgehaltenen Zeiten;
  - b) die Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten betreffend die Mitwirkung der Versicherten und der Dienstgeber in den Organen der Träger und der Verbände sowie in der Rechtsprechung in der sozialen Sicherheit;
  - c) die Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten betreffend die Versicherung der bei einer amtlichen Vertretung eines der beiden Vertragsstaaten in Drittstaaten oder bei Mitgliedern einer solchen Vertretung beschäftigten Personen;
  - d) die in den von beiden Vertragsstaaten geschlossenen Abkommen enthaltenen Regelungen betreffend die Übernahme einer Versicherungslast.

## Artikel 5

### Leistungstransfer

- (1) Pensionen, Renten und andere Geldleistungen, die einer in Artikel 4 bezeichneten Person oder deren Hinterbliebenen nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates gebühren, sind, soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, auch bei Wohnort des Berechtigten im Gebiet des anderen Vertragsstaates zu zahlen.
- (2) Absatz 1 gilt nicht für die Ausgleichszulage nach den österreichischen Rechtsvorschriften.

**ABSCHNITT II**  
**ANZUWENDEnde RECHTSVORSCHRIFTEN**

**Artikel 6**

**Allgemeine Regelung**

(1) Soweit die Artikel 7 und 8 nichts anderes bestimmen, gelten für Erwerbstätige die Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dessen Gebiet die Erwerbstätigkeit ausgeübt wird. Dies gilt bei Dienstnehmern auch dann, wenn sich ihr Wohnort oder der Sitz ihres Dienstgebers im Gebiet des anderen Vertragsstaates befindet.

(2) Für Beamte und ihnen gleichgestellte Personen gelten die Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, bei dessen Verwaltung sie beschäftigt sind.

**Artikel 7**

**Besondere Regelungen**

(1) Werden Dienstnehmer, die im Gebiet eines Vertragsstaates wohnen, in das Gebiet des anderen Vertragsstaates von einem Dienstgeber entsendet, der sie im Gebiet des ersten Vertragsstaates gewöhnlich beschäftigt, so gelten für sie bis zum Ende des 24. Kalendermonats ihrer Beschäftigung im Gebiet des anderen Vertragsstaates die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates, als wären sie noch in dessen Gebiet beschäftigt.

(2) Werden Dienstnehmer eines Luftfahrtunternehmens mit dem Sitz im Gebiet eines Vertragsstaates aus dessen Gebiet in das Gebiet des anderen Vertragsstaates entsendet, so gelten die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates so weiter, als wären sie noch in dessen Gebiet beschäftigt.

(3) Für die Besatzung eines Seeschiffes sowie für andere nicht nur vorübergehend auf einem Seeschiff beschäftigte Personen gelten die Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, dessen Flagge das Schiff führt.

**Artikel 8**

**Diplomatisches und konsularisches Personal**

Für Diplomaten und Berufskonsuln und für das Verwaltungs- und technische Personal der von Diplomaten und Berufskonsuln geleiteten Vertretungsbehörden sowie für Mitglieder des dienstlichen Hauspersonals dieser Vertretungsbehörden und für die ausschließlich bei Diplomaten, Berufskonsuln und Mitgliedern der von Berufskonsuln geleiteten Vertretungsbehörden beschäftigten privaten Hausangestellten gelten die Bestimmungen der Wiener Konvention über diplomatische Beziehungen beziehungsweise der Wiener Konvention über konsularische Beziehungen.

**Artikel 9**

**Ausnahmen**

(1) Auf gemeinsamen Antrag des Dienstnehmers und seines Dienstgebers können die zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten einvernehmlich Ausnahmen von den Artikeln 6 bis 8 vereinbaren, wobei auf die Art und die Umstände der Beschäftigung Bedacht zu nehmen ist.

(2) Gelten für einen Dienstnehmer nach Absatz 1 die Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaates, obwohl er die Beschäftigung im Gebiet des anderen Vertragsstaates ausübt, so sind die Rechtsvorschriften so anzuwenden, als ob er diese Beschäftigung im Gebiet des ersten Vertragsstaates ausüben würde.

**ABSCHNITT III**  
**BESONDERE BESTIMMUNGEN**

**Kapitel I**

**Krankheit, Mitterschaft und Tod (Sterbegeld)**

**Artikel 10**

**Zusammenrechnung der Versicherungszeiten**

Hat eine Person nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten Versicherungszeiten erworben, so sind diese für den Erwerb, die Aufrechterhaltung und das Wiederaufleben eines Leistungsanspruches zusammenzurechnen, soweit sie nicht auf dieselbe Zeit entfallen.

#### **Artikel 11**

##### **Sachleistungen**

(1) Eine Person, welche die Voraussetzungen für einen Leistungsanspruch nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates erfüllt und

- a) die im Gebiet des anderen Vertragsstaates wohnt oder
- b) deren Zustand während eines Aufenthaltes im Gebiet des anderen Vertragsstaates unverzüglich Leistungen erfordert und sich die Person nicht zum Zwecke der Inanspruchnahme einer ärztlichen Betreuung in den anderen Vertragsstaat begeben hat, oder
- c) die vom zuständigen Träger die Genehmigung erhalten hat oder erhält, sich in das Gebiet des anderen Vertragsstaates zu begeben, um dort eine ihrem Zustand angemessene Behandlung zu erhalten.

hat Anspruch auf Sachleistungen zu Lasten des zuständigen Trägers vom Träger des Wohn- oder Aufenthaltsortes nach den für diesen Träger geltenden Rechtsvorschriften, als ob sie bei diesem versichert wäre.

(2) Sofern nach Artikel 15 Absatz 2 eine Kostenerstattung durch Pauschalzahlungen nicht vereinbart wird, hängt im Falle des Absatzes 1 die Gewährung von Körperersatzstücken, größeren Hilfsmitteln und anderen Sachleistungen von erheblicher Bedeutung davon ab, dass der zuständige Träger hierzu seine Zustimmung gibt, es sei denn, dass die Gewährung der Leistung nicht aufgeschoben werden kann, ohne das Leben oder die Gesundheit der betreffenden Person ernsthaft zu gefährden.

(3) Die vorhergehenden Absätze sind auf Familienangehörige entsprechend anzuwenden.

(4) Absatz 1 Buchstaben b und c gelten in Österreich in bezug auf die Behandlung durch freiberuflich tätige Ärzte, Zahnärzte und Dentisten nur hinsichtlich folgender Personen:

- a) Personen, die sich in Ausübung ihrer Beschäftigung in Österreich aufhalten, sowie die sie begleitenden Familienangehörigen;
- b) Personen, die ihre in Österreich wohnende Familie besuchen;
- c) Personen, die sich aus anderen Gründen in Österreich aufhalten, wenn ihnen eine ambulante Behandlung für Rechnung der für ihren Aufenthaltsort zuständigen Gebietskrankenkasse gewährt wurde.

#### **Artikel 12**

##### **Geldleistungen**

(1) Im Falle des Artikels 11 Absatz 1 sind die Geldleistungen vom zuständigen Träger nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften zu gewähren.

(2) Hängt nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates die Höhe der Geldleistungen von der Zahl der Familienangehörigen ab, so berücksichtigt der zuständige Träger auch die Familienangehörigen, die sich gewöhnlich im Gebiet des anderen Vertragsstaates aufhalten.

#### **Artikel 13**

##### **Pensionsbezieher**

(1) Auf Pensionsempfänger aus der Pensionsversicherung der Vertragsstaaten sind die Rechtsvorschriften über die Krankenversicherung der Pensionisten des Vertragsstaates anzuwenden, in dessen Gebiet sich die Pensionsempfänger gewöhnlich aufhalten. Dabei gilt bei Gewährung einer Pension nur nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates diese Pension als Pension nach den Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für Pensionswerber.

#### **Artikel 14**

##### **Träger des Aufenthalts- oder Wohnortes**

In den Fällen des Artikels 11 Absatz 1 und des Artikels 13 Absatz 1 zweiter Satz werden die Leistungen gewährt

in Österreich

von der für den Aufenthalts- oder Wohnort der betreffenden Person in Betracht kommenden Gebietskrankenkasse.

in der Türkei  
von der Sozialversicherungsanstalt.

#### **Artikel 15**

##### **Kostenerstattung**

(1) Der zuständige Träger erstattet dem Träger des Aufenthalts- oder Wohnortes die nach Artikel 11 und Artikel 13 Absatz 1 zweiter Satz aufgewendeten Beträge mit Ausnahme der Verwaltungskosten.

(2) Die zuständigen Behörden können zur verwaltungsmäßigen Vereinfachung vereinbaren, dass für alle Fälle oder für bestimmte Gruppen von Fällen an Stelle von Einzelabrechnungen der Aufwendungen Pauschalzahlungen treten.

(3) Der Ersatz der Aufwendungen für Anspruchsberechtigte aus der österreichischen Pensionsversicherung nach Artikel 13 Absatz 1 zweiter Satz wird aus den beim Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger einlangenden Beiträgen zur Krankenversicherung der Pensionisten geleistet.

#### **Artikel 16**

##### **Sterbegeld**

(1) Stirbt eine Person, für welche die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates gelten, oder ein Pensionsberechtigter oder ein Familienangehöriger im Gebiet des anderen Vertragsstaates, so gilt der Tod als im Gebiet des ersten Vertragsstaates eingetreten.

(2) Das Sterbegeld geht zu Lasten des zuständigen Trägers, auch wenn sich der Leistungsempfänger im Gebiet des anderen Vertragsstaates befindet.

#### **Kapitel 2**

##### **Alter, Invalidität und Tod (Pensionen)**

#### **Artikel 17**

##### **Zusammenrechnung der Versicherungszeiten**

(1) Hängt nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates der Erwerb, die Aufrechterhaltung oder das Wiederaufleben eines Leistungsanspruches von der Zurücklegung von Versicherungszeiten ab, so hat der zuständige Träger dieses Vertragsstaates, soweit erforderlich, die nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates zurückgelegten Versicherungszeiten zu berücksichtigen, als wären es nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften zurückgelegte Versicherungszeiten, soweit sie nicht auf dieselbe Zeit entfallen.

(2) Hängt nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates die Gewährung bestimmter Leistungen von der Zurücklegung der Versicherungszeiten in einem Beruf, für den ein Sondersystem besteht, oder in einem bestimmten Beruf oder in einer bestimmten Beschäftigung ab, so sind für die Gewährung dieser Leistungen die nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates zurückgelegten Versicherungszeiten nur zu berücksichtigen, wenn sie in einem entsprechenden System oder, wenn ein solches nicht besteht, im gleichen Beruf oder in der gleichen Beschäftigung zurückgelegt worden sind.

#### **Artikel 18**

##### **Versicherungszeiten unter einem Jahr**

(1) Erreichen die Versicherungszeiten, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates zu berücksichtigen sind, insgesamt nicht zwölf Monate für die Berechnung der Leistung, so wird nach diesen Rechtsvorschriften keine Leistung gewährt. Dies gilt nicht, wenn nach diesen Rechtsvorschriften ein Leistungsanspruch allein auf Grund dieser Versicherungszeiten besteht.

(2) Die in Absatz 1 erster Satz genannten Versicherungszeiten sind von dem Träger des anderen Vertragsstaates für den Erwerb, die Aufrechterhaltung und das Wiederaufleben eines Leistungsanspruches sowie dessen Ausmaß so zu berücksichtigen, als wären es nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften zurückgelegte Versicherungszeiten.

**Teil 1**

**Leistungen nach den österreichischen Rechtsvorschriften**

**Artikel 19**

**Feststellung der Leistungsansprüche**

Beanspruchen eine Person, die nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten Versicherungszeiten erworben hat, oder ihre Hinterbliebenen Leistungen, so hat der zuständige österreichische Träger nach den österreichischen Rechtsvorschriften festzustellen, ob die betreffende Person unter Zusammenrechnung der Versicherungszeiten nach Artikel 17 und unter Berücksichtigung der folgenden Bestimmungen Anspruch auf Leistung hat:

1. Verlängern nach den österreichischen Rechtsvorschriften Zeiten der Pensionsgewährung den Zeitraum, in dem die Versicherungszeiten zurückgelegt sein müssen, so verlängert sich dieser Zeitraum auch durch entsprechende Zeiten der Pensionsgewährung nach den türkischen Rechtsvorschriften.
2. Die in Tagen ausgedrückten türkischen Versicherungszeiten sind in Monate umzurechnen, wobei 30 Tage einem Monat entsprechen; Resttage gelten hierbei als ein ganzer Monat.

**Artikel 20**

**Berechnung der Leistungen**

(1) Besteht nach den österreichischen Rechtsvorschriften auch ohne Anwendung des Artikels 17 ein Leistungsanspruch, so hat der zuständige österreichische Träger die Leistung ausschließlich auf Grund der nach den österreichischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten festzustellen.

(2) Besteht nach den österreichischen Rechtsvorschriften nur unter Anwendung des Artikels 17 ein Leistungsanspruch, so hat der zuständige österreichische Träger die Leistung ausschließlich auf Grund der nach den österreichischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten und unter Berücksichtigung der folgenden Bestimmungen festzustellen:

1. Leistungen oder Leistungsteile, deren Betrag nicht von der Dauer der zurückgelegten Versicherungszeiten abhängig ist, gebühren im Verhältnis der nach den österreichischen Rechtsvorschriften für die Berechnung der Leistung zu berücksichtigenden Versicherungszeiten zu 30 Jahren, höchstens jedoch bis zur Höhe des vollen Betrages.
2. Sind bei der Berechnung von Leistungen bei Invalidität oder an Hinterbliebene nach dem Eintritt des Versicherungsfalles liegende Zeiten zu berücksichtigen, so sind diese Zeiten nur im Verhältnis der nach den österreichischen Rechtsvorschriften für die Berechnung der Leistung zu berücksichtigenden Versicherungszeiten zu zwei Dritteln der vollen Kalendermonate von der Vollendung des 16. Lebensjahres der betreffenden Person bis zum Eintritt des Versicherungsfalles zu berücksichtigen, höchstens jedoch bis zum vollen Ausmaß.
3. Ziffer 1 gilt nicht
  - a) hinsichtlich von Leistungen aus einer Höherversicherung;
  - b) hinsichtlich von einkommensabhängigen Leistungen oder Leistungsteilen zur Sicherstellung eines Mindesteinkommens.

**Teil 2**

**Leistungen nach den türkischen Rechtsvorschriften**

**Artikel 21**

**Feststellung der Leistungsansprüche**

Beanspruchen eine Person, die nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten Versicherungszeiten erworben hat, oder ihre Hinterbliebenen eine Leistung, so hat der zuständige türkische Träger nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften festzustellen, ob die betreffende Person unter Zusammenrechnung der Versicherungszeiten nach Artikel 17 und unter Berücksichtigung der folgenden Bestimmungen Anspruch auf Leistung hat:

- a) Zuständiger Träger ist die Anstalt oder Kasse, an die die versicherte Person in der Türkei zuletzt Beiträge entrichtet hat.

- b) war eine Person vor ihrer Versicherung in der Türkei nach den österreichischen Rechtsvorschriften pensionsversichert, so gilt bei der Durchführung der türkischen Rechtsvorschriften der Versicherungsbeginn in Österreich als erster Eintritt in die Versicherung.
- c) Die in Monaten ausgedrückten österreichischen Versicherungszeiten sind in Tage umzurechnen, wobei ein Monat 30 Tagen entspricht.

#### **Artikel 22**

##### **Berechnung der Leistungen**

(1) Besteht nach den türkischen Rechtsvorschriften auch ohne Anwendung des Artikels 17 ein Anspruch auf Leistung, so hat der zuständige türkische Träger die Leistung allein auf Grund der nach den türkischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten festzustellen.

(2) Besteht nach den türkischen Rechtsvorschriften nur unter Anwendung des Artikels 17 Anspruch auf Leistung, so hat der zuständige türkische Träger die Leistung auf folgende Weise festzustellen:

- a) Der zuständige Träger hat zunächst den theoretischen Betrag der Leistung zu berechnen, die zustehen würde, wenn alle nach den Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten erworbenen Versicherungszeiten ausschließlich nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften erworben worden wären. Ist der Betrag der Leistung von der Versicherungsdauer unabhängig, so gilt dieser Betrag als theoretischer Betrag.
- b) Sodann hat der zuständige Träger die geschuldete Teilleistung auf der Grundlage des nach Buchstaben a errechneten Betrages nach dem Verhältnis zu berechnen, das zwischen der Dauer der nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten und der Gesamtdauer der nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zu berücksichtigenden Versicherungszeiten besteht.
- c) Die nach den türkischen Rechtsvorschriften zu gewährenden Sonderzahlungen sind nach den Buchstaben a und b zu berechnen.

#### **Kapitel 3**

##### **Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten**

#### **Artikel 23**

##### **Sachleistungen**

(1) Eine Person, die wegen eines Arbeitsunfalles oder einer Berufskrankheit Anspruch auf Sachleistungen nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates hat und die sich im Gebiet des anderen Vertragsstaates aufhält oder dort wohnt, hat Anspruch auf Sachleistungen zu Lasten des zuständigen Trägers vom Träger ihres Aufenthalts- oder Wohnortes nach den für diesen Träger geltenden Rechtsvorschriften, als ob sie bei diesem versichert wäre. Artikel 11 Absatz 2 gilt entsprechend.

(2) Die in Absatz 1 vorgesehenen Sachleistungen werden gewährt

in Österreich

von der für den Aufenthalts- oder Wohnort der betreffenden Person in Betracht kommenden Gebietskrankenkasse.

in der Türkei

von der Sozialversicherungsanstalt.

(3) Für die Erstattung der nach Absatz 1 entstandenen Kosten gilt Artikel 15 entsprechend.

#### **Artikel 24**

##### **Entschädigung von Berufskrankheiten**

Wäre eine Berufskrankheit nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zu entschädigen, so sind Leistungen nur nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates zu gewähren, in dessen Gebiet zuletzt eine Beschäftigung ausgeübt wurde, die geeignet ist, eine solche Berufskrankheit zu verursachen.



**ABSCHNITT IV  
VERSCHIEDENE BESTIMMUNGEN**

**Artikel 25**

**Aufgaben der zuständigen Behörden, Amts- und Rechtshilfe**

- (1) Die zuständigen Behörden werden die zur Durchführung dieses Abkommens notwendigen Verwaltungsmaßnahmen in einer Vereinbarung regeln.
- (2) Die zuständigen Behörden unterrichten einander
  - a) über alle zur Anwendung dieses Abkommens getroffenen Maßnahmen.
  - b) über alle die Anwendung dieses Abkommens berührenden Änderungen ihrer Rechtsvorschriften.
- (3) Die Träger und Behörden der beiden Vertragsstaaten leisten einander bei der Anwendung der in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften und dieses Abkommens gegenseitige Hilfe, als ob sie die eigenen Rechtsvorschriften anwenden würden. Die Hilfe ist kostenlos. Die zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten können jedoch die Erstattung bestimmter Kosten vereinbaren.
- (4) Die Träger und Behörden der Vertragsstaaten können zwecks Anwendung dieses Abkommens miteinander sowie mit den beteiligten Personen oder deren Beauftragten unmittelbar in Verbindung treten.
- (5) Die Träger, Behörden und Gerichte eines Vertragsstaates dürfen die bei ihnen eingereichten Anträge und sonstigen Schriftstücke nicht deshalb zurückweisen, weil sie in der Amtssprache des anderen Vertragsstaates abgefasst sind.
- (6) Ärztliche Untersuchungen, die in Durchführung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates vorgenommen werden und Personen betreffen, die sich im Gebiet des anderen Vertragsstaates aufhalten, sind auf Ersuchen des zuständigen Trägers zu seinen Lasten vom Träger des Aufenthalts- oder Wohnortes zu veranlassen.

**Artikel 26**

**Verbindungsstellen**

Die zuständigen Behörden haben zur Erleichterung der Durchführung dieses Abkommens, insbesondere zur Herstellung einer einfachen und raschen Verbindung zwischen den beiderseits in Betracht kommenden Trägern, Verbindungsstellen zu errichten.

**Artikel 27**

**Befreiung von Steuern und Beglaubigungen**

- (1) Jede in den Vorschriften eines Vertragsstaates vorgesehene Befreiung oder Ermäßigung von Steuern, Stempel-, Gerichts- oder Eintragungsgebühren für Schriftstücke oder Urkunden, die in Anwendung der Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaates vorzulegen sind, erstreckt sich auf die entsprechenden Schriftstücke und Urkunden, die in Anwendung dieses Abkommens oder der Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates vorzulegen sind.
- (2) Urkunden und Schriftstücke jeglicher Art, die in Anwendung dieses Abkommens vorzulegen sind, bedürfen keiner Beglaubigung.

**Artikel 28**

**Einreichung von Schriftstücken**

- (1) Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel, die in Anwendung dieses Abkommens oder der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates bei einer Behörde, einem Träger oder einer sonstigen zuständigen Einrichtung eines Vertragsstaates eingereicht werden, sind als bei einer Behörde, einem Träger oder einer sonstigen zuständigen Einrichtung des anderen Vertragsstaates eingereichte Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel anzusehen.
- (2) Ein nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates gestellter Antrag auf eine Leistung gilt auch als Antrag auf eine entsprechende Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates, die unter Berücksichtigung dieses Abkommens in Betracht kommt; dies gilt nicht, wenn der Antragsteller ausdrücklich beantragt, dass die Feststellung einer nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates erworbenen Leistung bei Alter aufgeschoben wird.

(3) Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel, die in Anwendung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates innerhalb einer bestimmten Frist bei einer Behörde, einem Träger oder einer sonstigen zuständigen Einrichtung dieses Vertragsstaates einzureichen sind, können innerhalb der gleichen Frist bei der entsprechenden Stelle des anderen Vertragsstaates eingereicht werden.

(4) In den Fällen der Absätze 1 bis 3 hat die in Anspruch genommene Stelle diese Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel unverzüglich der entsprechenden zuständigen Stelle des anderen Vertragsstaates zu übermitteln.

#### **Artikel 29**

##### **Zahlungsverkehr**

(1) Haben Träger eines Vertragsstaates an Berechtigte, die sich im Gebiet des anderen Vertragsstaates befinden, nach diesem Abkommen Zahlungen vorzunehmen, so leisten sie diese mit befreiender Wirkung in der Währung des ersten Vertragsstaates; haben sie Zahlungen an Träger vorzunehmen, die sich im Gebiet des anderen Vertragsstaates befinden, so müssen diese in der Währung dieses Vertragsstaates geleistet werden.

(2) Die Überweisung der zur Durchführung dieses Abkommens erforderlichen Beträge sind nach den Zahlungsverfahren der beiden Vertragsstaaten vorzunehmen, die im Zeitpunkt der Überweisung gelten.

#### **Artikel 30**

##### **Vollstreckungsverfahren**

Beiträge, die einem Träger eines Vertragsstaates geschuldet werden, können im Gebiet des anderen Vertragsstaates nach dem Verwaltungsverfahren eingetrieben werden, das für die Eintreibung der den entsprechenden Trägern dieses Vertragsstaates geschuldeten Beiträge gilt.

#### **Artikel 31**

##### **Verrechnung von Vorschüssen**

(1) Hat ein Träger eines Vertragsstaates einen Vorschuss auf eine Leistung gezahlt, so hat der Träger des anderen Vertragsstaates die auf denselben Zeitraum entfallende Nachzahlung einer entsprechenden Leistung, auf die nach den Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaates Anspruch besteht, auf Ersuchen und zu Gunsten des erstgenannten Trägers einzubehalten. Hat der Träger des einen Vertragsstaates für eine Zeit, für die der Träger des anderen Vertragsstaates nachträglich eine entsprechende Leistung zu erbringen hat, eine höhere als die gebührende Leistung gezahlt, so gilt der diese Leistung übersteigende Betrag bis zur Höhe des nachzuzahlenden Betrages als Vorschuss im Sinne des ersten Satzes.

(2) Wurde in einem Vertragsstaat einem Leistungsberechtigten eine Leistung der Sozialhilfe oder eine vorläufige Leistung aus der Arbeitslosenversicherung während eines Zeitraumes gewährt, für den der Leistungsberechtigte Anspruch auf Geldleistungen hat, so behält der verpflichtete Träger oder die zahlende Stelle auf Ersuchen und für Rechnung der in Betracht kommenden Stelle die auf den gleichen Zeitraum entfallenden Nachzahlungen bis zur Höhe der gezahlten Leistungen ein, als ob es sich um eine Leistung nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates handeln würde, in dessen Gebiet die ersuchende Stelle ihren Sitz hat.

#### **Artikel 32**

##### **Schadenersatz**

(1) Hat eine Person, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates Leistungen für einen Schaden zu erhalten hat, der im Gebiet des anderen Vertragsstaates eingetreten ist, nach dessen Vorschriften gegen einen Dritten Anspruch auf Ersatz des Schadens, so geht der Ersatzanspruch auf den Träger des ersten Vertragsstaates nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften über.

(2) Stehen Ersatzansprüche hinsichtlich gleichartiger Leistungen aus demselben Schadensfall sowohl einem Träger im Gebiet des einen Vertragsstaates als auch einem Träger im Gebiet des anderen Vertragsstaates zu, so kann der Dritte die nach Absatz 1 auf die beiden Träger übergegangenen Ansprüche mit befreiender Wirkung durch Zahlung an den einen oder den anderen Träger befriedigen. Im Innenverhältnis sind die Träger anteilig im Verhältnis der von ihnen zu erbringenden Leistungen ausgleichspflichtig.

### **Artikel 33**

#### **Streitbeilegung**

(1) Jede Streitigkeit zwischen den beiden Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens ist zum Gegenstand unmittelbarer Verhandlungen zwischen den zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten zu machen.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht innerhalb von sechs Monaten beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen eines Vertragsstaates einem Schiedsgericht zu unterbreiten, das wie folgt zu bilden ist:

- a) Jeder Vertragsstaat bestellt innerhalb von einem Monat ab dem Empfang des Verlangens einer schiedsgerichtlichen Entscheidung einen Schiedsrichter. Die beiden so nominierten Schiedsrichter wählen innerhalb von zwei Monaten, nachdem der Vertragsstaat, der seinen Schiedsrichter zuletzt bestellt hat, dies notifiziert hat, einen Staatsangehörigen eines Drittstaates als dritten Schiedsrichter.
- b) Wenn ein Vertragsstaat innerhalb der festgesetzten Frist keinen Schiedsrichter bestellt hat, kann der andere Vertragsstaat den Präsidenten des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte ersuchen, einen solchen zu bestellen. Entsprechend ist über Aufforderung eines Vertragsstaates vorzugehen, wenn sich die beiden Schiedsrichter über die Wahl des dritten Schiedsrichters nicht einigen können.
- c) Für den Fall, dass der Präsident des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte die Staatsangehörigkeit eines der beiden Vertragsstaaten besitzt, gehen die ihm durch diesen Artikel übertragenen Funktionen auf den Vizepräsidenten des Gerichtshofes oder auf den ranghöchsten Richter des Gerichtshofes über, auf den dieser Umstand nicht zutrifft.

(3) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind für die beiden Vertragsstaaten bindend. Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten des Schiedsrichters, den er bestellt. Die übrigen Kosten werden von den Vertragsstaaten zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht regelt sein Verfahren selbst.

### **ABSCHNITT V**

#### **ÜBERGANGS- UND SCHLUSSBESTIMMUNGEN**

### **Artikel 34**

#### **Übergangsbestimmungen**

(1) Dieses Abkommen begründet keinen Anspruch auf Leistungen für die Zeit vor seinem Inkrafttreten oder für Personen nach Artikel 35 Absatz 3 vor dem 1. Oktober 1996, es sei denn, dass die Rechtsvorschriften der Vertragsstaaten bei fristgerechtem Antrag den rückwirkenden Anfall bestimmter Leistungen vorsehen.

(2) Für die Feststellung des Anspruches auf Leistungen nach diesem Abkommen werden auch Versicherungszeiten berücksichtigt, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates vor Inkrafttreten dieses Abkommens zurückgelegt worden sind.

(3) Vorbehaltlich des Absatzes 1 gilt dieses Abkommen auch für Versicherungsfälle, die vor seinem Inkrafttreten eingetreten sind, soweit nicht früher festgestellte Ansprüche durch Kapitalzahlungen abgegolten worden sind.

(4) Dieses Abkommen berührt nicht die vor seinem Inkrafttreten erworbenen Ansprüche.

(5) Wird ein Antrag auf Leistungen innerhalb von zwei Jahren nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens von einer nicht von Artikel 35 Absatz 3 erfassten Person eingebracht, so sind die Leistungen vom Inkrafttreten dieses Abkommens an zu gewähren, ohne dass der betreffenden Person Ausschluss- oder Verjährungsfristen entgegengehalten werden können.

**Artikel 35**  
**Inkrafttreten**

(1) Dieses Abkommen ist zu ratifizieren. Die Ratifikationsurkunden sind so bald wie möglich in Ankara auszutauschen.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden.

(3) Die Bestimmungen dieses Abkommens, die sich auf den Erwerb und die Gewährung von Leistungen aus der sozialen Sicherheit beziehen, sind ab dem 1. Oktober 1996 auf Personen anzuwenden, auf die das zwischen den beiden Vertragsstaaten vor diesem Zeitpunkt in Geltung gestandene Abkommen über soziale Sicherheit anzuwenden war. Soweit in der Zeit vor Inkrafttreten dieses Abkommens hinsichtlich der Gewährung von Sachleistungen anders verfahren wurde, hat es dabei sein Bewenden.

**Artikel 36**  
**Außerkräfttreten**

(1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jeder Vertragsstaat kann es unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten zum Ende eines Kalenderjahres schriftlich auf dem diplomatischen Weg kündigen.

(2) Im Falle der Kündigung gelten die Bestimmungen dieses Abkommens für erworbene Ansprüche weiter.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten beider Vertragsstaaten dieses Abkommen unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien, am in 28. Oktober 1999 in zwei Urschriften in deutscher und türkischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Republik Österreich:

**Prosl m. p.**

Für die Republik Türkei:

**Ömer Akbel m. p.**

[ TURKISH TEXT — TEXTE TURC ]

**AVUSTURYA CUMHURİYETİ  
İLE  
TÜRKİYE CUMHURİYETİ  
ARASINDA SOSYAL GÜVENLİK HAKKINDA ANLAŞMA**

Avusturya Cumhuriyeti  
ile  
Türkiye Cumhuriyeti

Her iki devletin sosyal güvenlik alanındaki ilişkilerini geliştirmek ve hasıl olan hukuki gelişme ile uyum sağlamak arzusu içinde,

Her iki devletin vatandaşlarının sosyal güvenlik hakkındaki iç mevzuatlarının uygulanmasında eşit muameleye tabi tutulmaları, keza kazanılmış ve kazanılacak hakların korunması ilkesinden hareket ederek,

Aşağıdaki Anlaşma üzerinde mutabakata varmışlardır.

## BÖLÜM I

### Genel Hükümler

#### Madde 1

#### Kavramların Tarifi

(1) Bu Anlaşmada;

1. "Avusturya"

Avusturya Cumhuriyeti'ni,  
"Türkiye"  
Türkiye Cumhuriyeti'ni,

2. "Mevzuat"

2 nci maddenin 1 inci fıkrasında belirtilen sosyal güvenlik kolları ile ilgili olarak bir akil taraf ülkesinde veya bu ülkenin bir kısmında yürürlükte olan kanun, tüzük ve yönetmelikler ile hukuki değeri olan genel idari düzenlemeleri, genel emir ve talimatları,

3. "Yetkili Makam"

2 nci maddenin 1 inci fıkrasında belirtilen mevzuatın uygulanması ile görevlendirilen Federal Bakanlar ve/veya Bakanları,

4. "Sosyal Sigorta Mercii"

2 nci maddenin 1 inci fıkrasında belirtilen mevzuatı veya bu mevzuatın bir kısmını uygulamakla görevlendirilen kuruluş veya makamı,

5. "Yetkili Sosyal Sigorta Mercii"

İlgili kişinin yardım isteğinde bulunduğu sırada bağlı olduğu sosyal sigorta mercii'ni veya en son sigortalı olduğu akil taraf ülkesinde bulunsaydı bağlı olacağı sosyal sigorta mercii'ni,

6. "İkamet Yeri"

Daimi olarak ikamet edilmekte olan yeri,

7. "Geçici İkamet"

Geçici olarak oturlan yeri,

8. "Aile Ferdi"

Nam ve hesabına yardımların yapılacağı sosyal sigorta mercii'nin merkezinin bulunduğu akil taraf mevzuatına göre yardım göreceği olan bir aile ferdini,

9. "Sigortalılık Süreleri"

Prim ödeme süreleri ile her iki akıt taraf mevzuatına göre muadil kabul edilen süreleri,

10. "Para Yardımı", "Aylık" veya "Gelir"

Bir para yardımını, devletçe yapılan kısımları da içeren aylık gelirleri, her türlü zam ve yardımları, intibak farklarını, ek ödemeleri ve keza prim iadesi olarak yapılan toptan ödemeler ile diğer ödemeleri,

ifade etmektedir.

(2) Bu Anlaşmadaki diğer kavramlar, tarafların kendi mevzuatlarındaki anlamlarda kullanılmaktadır.

**Madde 2**

**Objektif Yetki Alanı**

(1) Bu Anlaşma hükümleri aşağıdaki yazılı sigorta kolları ile ilgili mevzuat hakkında uygulanır.

1. Avusturya bakımından;

- a) Hastalık sigortası,
- b) Kaza sigortası,
- c) Noterlere ilişkin özel sigorta mevzuatı hariç, Emeklilik Sigortası,

2. Türkiye bakımından;

- a) Hastalık ve Analık Sigortası (T.C. Emekli Sandığı ve Bağ-Kur mevzuatı hariç),
- b) İşkazaları ve Meslek Hastalıkları Sigortası,
- c) Malullük, Yaşlılık ve Ölüm Sigortası.

(2) Bu Anlaşma ayrıca 1 inci fıkrada belirtilen mevzuatı birleştiren, değiştiren veya tamamlayan tüm mevzuat hakkında da uygulanır.

### **Madde 3**

#### **Kişisel Geçerlilik Alanı**

Bu Anlaşma aşağıdaki kişiler için geçerlidir:

- a) Haklarında bir veya her iki akit taraf mevzuatının geçerli olduğu veya geçerli olmuş bulunduğu kişiler,
- b) (a) bendinde belirtilen kişiler dolayısıyla hak sahibi olanlar.

### **Madde 4**

#### **Eşit Muamele**

(1) Bir akit taraf mevzuatının uygulanmasında, bu akit taraf vatandaşları;

- a) Diğer akit taraf vatandaşları,
- b) Mültecilerin Hukuki Durumu Hakkındaki 28 Temmuz 1951 tarihli Anlaşma ile buna ilişkin 31 Ocak 1967 tarihli Protokolde belirtilen ve akit taraflardan birisinin ülkesinde ikamet eden mülteciler,
- c) Akit taraflardan birisinin ülkesinde ikamet eden, Vatansızların Hukuki Durumu Hakkındaki 28 Eylül 1954 tarihli Anlaşmada belirtilen vatansızlar ile eşit muameleyle tabi tutulurlar.

(2) 1 inci fıkra hükmü;

- a) Avusturya mevzuatının seferberlik hizmet süreleri ve bu sürelerle muadil süreleri nazarı itibare alan ilgili hükümlerine,
- b) Her iki akit tarafın sigortalılarının işçi ve işveren kuruluşları ile sigorta birliklerinin yönetim organları ve sosyal güvenlik konusundaki mahkemelerinin karar mekanizmalarına katılmalarına ilişkin mevzuatlarına,
- c) Her iki akit tarafın, akit taraflardan birinin üçüncü bir ülkedeki resmi bir temsilciliğinde veya böyle bir temsilciliğin mensubunun yanında çalışan kimselerin sigortalanmasına ilişkin hükümlerine,



d) Her iki akit devlet tarafından imzalanan anlaşmalardaki sigortalılık yükünün üstlenilmesini içeren düzenlemelere,

uygulanmaz.

#### **Madde 5**

#### **Yardımların Transferi**

(1) Akit taraflardan birisinin mevzuatına göre, 4 üncü maddede belirtilen bir kişiye veya bu kişinin geride kalanlarına ödenmesi gereken emekli aylıkları, gelir ve sair para yardımları, şayet bu Anlaşma'da aksine bir hüküm yoksa, haksahibine diğer akit taraf ülkesinde ikamet etmesi halinde de ödenir.

(2) 1 inci fıkra hükmü, Avusturya mevzuatına göre ödenen denkleştirme yardımı bakımından uygulanmaz.

## **BÖLÜM II**

### **Uygulanacak Mevzuat**

#### **Madde 6**

#### **Genel Düzenleme**

(1) 7 ve 8 inci maddelerde aksine bir hüküm yok ise, kazanç getiren bir işte çalışanlar hakkında, işin yapıldığı ülke mevzuatı uygulanır. Bu durum, çalışan kişinin ikamet yerinin veya işverenin merkezinin diğer akit taraf ülkesinde bulunması halinde de geçerlidir.

(2) Memurlar ve bunlara eşit durumda bulunan personel için, idari mercilerinde çalıştıkları akit taraf mevzuatı uygulanır.

## **Madde 7**

### **Özel Düzenlemeler**

(1) Bir akit taraf ülkesinde ikamet eden işçiler kendilerini, ilk akit taraf ülkesinde devamlı olarak çalıştıran bir işveren tarafından diğer akit taraf ülkesine gönderildikleri takdirde, bunlar hakkında, diğer akit taraf ülkesinde çalıştıkları 24 takvim ayının sona ermesine kadar, sanki bunlar hala gönderen akit taraf ülkesinde çalışıyorlarmış gibi, bu akit taraf mevzuatına tabi tutulurlar.

(2) Merkezi akit taraflardan birinin ülkesinde bulunan bir hava nakliyat firmasının işçileri, bu firmanın bulunduğu ülkeden diğer akit taraf ülkesine gönderildikleri takdirde, bu işçiler hakkında, sanki gönderen taraf ülkesinde çalışıyorlarmış gibi, bu akit taraf mevzuatı uygulanır.

(3) Bir geminin mürettebatı ile bu gemide sadece geçici olarak çalışmayan diğer şahıslar hakkında, bu geminin bayrağını taşıdığı akit taraf mevzuatı uygulanır.

## **Madde 8**

### **Diplomatik ve Konsüler Personel**

Diplomat ve muvazzaf Konsoloslar ile Diplomat ve muvazzaf Konsoloslar tarafından yönetilen temsilciliklerin idari ve teknik personeli ve keza bu temsilciliklerin resmi hizmet personeli ve Konsoloslar tarafından yönetilen temsilciliklerin Diplomatları, muvazzaf Konsolosları ve üyelerinin münhasıran ev hizmetlerinde çalıştırılan hizmetlileri hakkında, diplomatik ilişkiler hakkındaki Viyana Anlaşması ile Konsolosluk ilişkileri hakkındaki Viyana Anlaşması hükümleri uygulanır.

## **Madde 9**

### **Muafiyet**

(1) Çalışılan işin nevi ve mahiyeti gözönünde tutularak işçi ve işverenin müştereken müracaat etmeleri üzerine, her iki akit taraf yetkili makamları anlaşarak 6 ila 8 inci maddelerin istisnai olarak uygulanmasından muaf tutulmalarını kararlaştırabilirler.

(2) Bir işçi hakkında, 1 inci fıkra gereği akit taraflardan birinin mevzuatının geçerli olmasına rağmen, bu işçi diğer akit taraf ülkesinde çalışıyorsa, o takdirde, kendisine birinci akit taraf mevzuatı, sanki bu akit taraf ülkesinde çalışıyormuş gibi uygulanır.

### **BÖLÜM III**

#### **Özel Hükümler**

##### **Kısım 1**

#### **Hastalık, Analık ve Ölüm (Cenaze Yardımı)**

##### **Madde 10**

#### **Sigortalılık Sürelerinin Birleştirilmesi**

Bir kimsenin her iki akit taraf ülkesinde sigortalı olarak çalışmış olması halinde, bu sigortalılık süreleri, bir yardım hakkının kazanılması, idamesi ve ihyası bakımından, aynı zamana rastlamamak şartıyla, birleştirilir.

##### **Madde 11**

#### **Sağlık Yardımları**

(1) Akit taraflardan birinin mevzuatına göre sağlık yardımlarının yapılması için gerekli koşulları yerine getiren ve

a) diğer akit taraf ülkesinde ikamet eden veya

b) diğer akit taraf ülkesindeki geçici ikameti sırasında durumu derhal yardım yapılmasını gerektiren ve tedavi edilmek üzere diğer akit taraf ülkesine gitmemiş olan veya

c) sağlık durumu nedeni ile gerekli tedaviyi görmek üzere, yetkili sosyal sigorta mercii'nden diğer akit taraf ülkesine gitmesine izin verilen veya verilecek olan

bir kimse, yetkili sosyal sigorta mercii nam ve hesabına olmak üzere, geçici ikamet ettiği veya devamlı ikamet ettiği ülkedeki sosyal sigorta mercii'nden, bu mercii'n uyguladığı mevzuata göre, sanki bu sosyal sigorta mercii'nde sigortalı imiş gibi, sağlık yardımlarını talep etme hakkına sahiptir.

(2) 15 inci maddenin 2 nci fıkrasına göre, masrafların götürü olarak tazmin edilmesi hususunun kararlaştırılmamış olması durumunda, 1 inci fıkrada zikredilen hallerde; vücut protezlerinin, büyük maliyetli yardımcı maddelerin ve önemli sağlık yardımlarının yapılması, yardımın ilgili kişinin yaşam ve sağlığının ciddi olarak tehlikeye sokulmaksızın ertelenebilecek olması durumunda, yetkili sosyal sigorta mercii'nin önceden muvafakatının alınmasına bağlıdır.

(3) Bundan önceki fıkralar, aile fertlerine de aynı şekilde uygulanır.

(4) 1 inci fıkranın (b) ve (c) bendleri Avusturya'da, serbest meslek erbabı olarak çalışan doktorların, diş hekimlerinin ve dişçilerin sadece aşağıda belirtilen şahısların muayene ve tedavileri ile ilgili olarak yaptıkları hizmetler için geçerlidir:

a) Avusturya'da geçici ikamet ederek çalışmalarını icra eden şahıslar ve bunların refakatinde bulunan aile fertleri,

b) Avusturya'da ikamet eden aile fertlerini ziyaret eden şahıslar,

c) Başka nedenlerle Avusturya'da geçici olarak ikamet eden ve ikamet ettikleri yerdeki yetkili bölge hastalık sandığı nam ve hesabına ayakta tedavi edilen kimseler.

## Madde 12

### Para Yardımları

(1) 11 inci maddenin 1 inci fıkrasında zikredilen hallerde para yardımları, yetkili sosyal sigorta mercii tarafından, bu mercii'n uyguladığı mevzuata göre yapılır.

(2) Bir akit taraf mevzuatına göre para yardımları miktarının aile ferdi sayısına bağlı olarak yapılması halinde, yetkili sosyal sigorta mercii, yasal olarak diğer akit taraf ülkesinde ikamet eden aile fertlerini de nazarı itibare alır.

### **Madde 13**

#### **Emekli Aylığı Alanlar**

(1) Akit tarafların emekli sigortasından kendilerine aylık bağlanmış bulunan aylık sahipleri hakkında, bunların ülkesinde ikamet ettikleri akit tarafın aylık sahiplerinin hastalık sigortasına ilişkin mevzuatı uygulanır. Sadece diğer akit taraf mevzuatına göre bir aylığın bağlanmasında, bu aylık, ilk akit taraf mevzuatına göre bağlanmış bulunan aylık olarak geçerlidir.

(2) 1 inci fıkra hükmü, aylık tahsis talebinde bulunanlar için de geçerlidir.

### **Madde 14**

#### **Geçici veya Sürekli İkamet Yeri**

#### **Sosyal Sigorta Mercii**

11 inci maddenin 1 inci fıkrası ve 13 üncü maddenin 1 inci fıkrasının ikinci cümlesinde belirtilen durumlarda yardımlar

Avusturya'da

ilgili kişinin geçici veya daimi ikamet ettiği yerdeki ilgili Bölge Hastalık Kasası,

Türkiye'de

Sosyal Sigortalar Kurumu,  
tarafından yapılır.

### **Madde 15**

#### **Masrafların Tazmini**

(1) Yetkili sosyal sigorta mercii, 11 inci madde ile 13 üncü maddenin 1 inci fıkrasının ikinci cümlesi gereği, idari masraflar dışındaki masrafları geçici veya daimi ikamet yerindeki sosyal sigorta mercii'ne tazmin eder.

(2) Yetkili makamlar, idari işlerin basitleştirilmesi amacı ile bütün vak'alar veya belirli vak'a grupları için, münferit hesaplaşmalar yerine, götürü ödemeler yapılmasını kararlaştırabilirler.

(3) 13 üncü maddenin 1 inci fıkrasının ikinci cümlesine göre haksahipleri için, Avusturya emekli sigortasından yapılan masraflar, emeklilerin hastalık sigortası primi olarak Avusturya Sosyal Sigorta Mercileri Genel Birliği'ne ödenen sigorta prim meblağlarından tazmin edilir.

## **Madde 16**

### **Cenaze Yardımı**

(1) Akit taraflardan birinin mevzuatına göre sigortalı olan veya aylık almaya hak kazanmış bulunan bir kimsenin veya aile ferdinin diğer akit taraf ülkesinde ölümü halinde, ölüm ilk akit taraf ülkesinde vukubulmuş sayılır.

(2) Cenaze yardımı, yardıma müstehak olan kimsenin diğer akit taraf ülkesinde ikamet etmekte olması halinde de, yetkili sosyal sigorta mercii tarafından ödenir.

## **Kısım 2**

### **Yaşlılık, Malüflük ve Ölüm (Aylıklar)**

## **Madde 17**

### **Sigortalılık Sürelerinin Birleştirilmesi**

(1) Akit taraflardan birinin mevzuatına göre bir yardım hakkının kazanılması, idamesi veya ihya edilmesi sigortalılık sürelerine bağlı olduğu takdirde, yetkili sosyal sigorta mercii, gereği halinde, diğer akit taraf mevzuatına göre geçen sigortalılık sürelerini, aynı zamana rastlamamak şartıyla, kendi mevzuatına göre geçmiş sigortalılık süreleri gibi nazarı itibare alır.

(2) Akit taraflardan birinin mevzuatına göre, belirli yardımların yapılması, sigortalılık sürelerinin özel bir sisteme tabi olan bir meslekte veya belirli bir meslekte veya belirli bir uğraşta geçmiş olmasına bağlı bulunduğu takdirde, bu yardımların yapılması için, diğer akit taraf mevzuatına göre geçen sigortalılık süreleri sadece, bu sigortalılık sürelerinin benzer bir sistemde böyle bir sistem yok ise, aynı meslekte veya aynı uğraşta geçmiş olması halinde, nazarı itibare alınır

## Madde 18

### Bir Yıldan Az Olan Sigortalılık Süreleri

(1) Akit taraflardan birinin mevzuatına göre, yardım yapılması için nazara alınacak olan sigortalılık sürelerinin toplam olarak oniki aya ulaşmaması halinde, bu akit taraf mevzuatına göre hiçbir yardım yapılmaz. Ancak, bu durum, bu akit taraf mevzuatına göre bir yardım hakkının sadece bu sigortalılık sürelerine istinaden kazanılmış olması halinde geçerli değildir.

(2) 1 inci fıkranın birinci cümlesinde belirtilen sigortalılık süreleri, diğer akit taraf sosyal sigorta mercii tarafından, bir yardım hakkının kazanılması, idamesi ve ihya edilmesi ve miktarı bakımından, sanki bu süreler kendi mevzuatına göre geçmiş gibi nazarı itibare alınır.

## Fasıl 1

### Avusturya Mevzuatına Göre Yapılan Yardımlar

## Madde 19

### Yardım Hakkının Tespiti

Her iki akit taraf mevzuatına göre sigortalı olarak çalışmış olan bir kişinin veya gende kalan haksahiplerinin yardım talebinde bulunmaları halinde, yetkili Avusturya sosyal sigorta mercii, Avusturya mevzuatına göre, ilgili kişinin, 17 inci maddeye göre sigortalılık sürelerini birleştirerek ve aşağıdaki hükümleri nazarı dikkate alarak, yardım hakkına sahip olup olmadığını tespit eder:

1. Avusturya mevzuatına göre aylık bağlama sürelerinin zorunlu sigorta sürelerinin, zorunlu sigorta sürelerinin içinde olduğu zaman bölümünü uzatması halinde, bu zaman bölümü, Türk mevzuatına göre aylık ödeme sürelerine de uygun olarak uzar.

2. Gün olarak ifade edilen Türk sigortalılık süreleri ay'a tahvil edilir, 30 gün bir ay olarak dikkate alınır; geri kalan günler bir tam ay olarak kabul edilir.

**Madde 20**

**Yardımların Hesaplanması**

(1) Avusturya mevzuatına göre 17 nci madde hükmü uygulanmaksızın da yardım talep hakkının mevcut olması durumunda, yetkili Avusturya sosyal sigorta mercii yardımı münhasıran Avusturya mevzuatına göre geçen süreleri nazarı itibare alarak tesbit eder.

(2) Avusturya mevzuatına göre yardım hakkının sadece 17 inci maddenin uygulanması durumunda mevcut olması halinde, Avusturya yetkili sosyal sigorta mercii bu yardımı münhasıran Avusturya mevzuatına göre geçen sigortalılık sürelerini ve aşağıda zikredilen hükümleri nazarı itibare alarak tespit eder:

1. Şayet kısmi veya tam olarak yapılacak olan yardımların miktarı, geçirilen sigortalılık sürelerine bağlı değil ise, Avusturya mevzuatına göre yardımın hesabında dikkate alınan 30 yıllık sigortalılık süresine oranla bir ödeme yapılacak ise, her halükarda yapılacak olan ödeme, bu sürenin tamamı nazarı itibare alınarak tayin edilir.

2. Maluliyet veya geride kalan hak sahiplerine yapılacak yardımlar hesap edilirken, yardım hakkını doğuran sigorta olayının vukuundan sonra geçen sürenin hesabında, Avusturya mevzuatına göre yardımın yapılabilmesi için nazarı itibare alınacak sigortalılık süreleri olarak ilgili kişinin 16 yaşını doldurmasından, talep hakkını doğuran sigorta olayının vukuuna kadar tam ay olarak hesaplanan sürelerin 2/3 ü oranındaki kısmı ve ancak her halükarda azami tamamı dikkate alınır.

3. 1 numaralı bend;

a) Munzam bir sigortadan yapılan yardımlar bakımından,

b) Asgari bir gelirin teminat altına alınması bakımından gelire bağlı olarak yapılan yardım ve kısmi yardımlar için geçerli değildir.



## Fasıl 2

### Türk mevzuatına göre yapılan yardımlar

#### Madde 21

##### Yardım Hakkının Tespiti

Her iki akit taraf ülkesinde sigortalı olarak çalışmış olan bir kimse veya geride kalan haksahipleri bir yardım isteminde buldukları takdirde, yetkili Türk sosyal sigorta mercii, kendisi için geçerli yasal mevzuata göre, ilgili kişinin sigortalılık sürelerini 17 nci maddeye göre birleştirerek ve aşağıdaki hükümleri dikkate alarak yardım hakkına sahip olup olmadığını tespit eder:

- a) Yetkili sosyal sigorta mercii, sigortalı kişinin Türkiye'de son defa prim ödediği kurum veya sandıktır.
- b) Bir kişi Türkiye'de sigortalı olmadan önce Avusturya mevzuatına göre emeklilik sigortasına tabi olmuş ise, Türk mevzuatının uygulanmasında Avusturya'daki sigortalılığın başlangıcı, sigortaya ilk giriş tarihi olarak kabul edilir.
- c) Ay olarak ifade edilen Avusturya sigortalılık süreleri gün'e çevrilir ve 1 ay 30 gün olarak kabul edilir.

#### Madde 22

##### Yardımların Hesaplanması

(1) Türk mevzuatına göre, 17 nci madde hükmü uygulanmaksızın yardım talep hakkının mevcut olması durumunda yetkili Türk sosyal sigorta mercii, yardımı münhasıran Türk mevzuatına göre geçen süreleri dikkate alarak hesaplar.

(2) Türk mevzuatına göre yardım hakkının sadece 17 nci maddenin uygulanması durumunda mevcut olması halinde Türk yetkili sosyal sigorta mercii bu yardımı aşağıdaki şekilde tesbit eder.

a) Yetkili sosyal sigorta mercii ilk olarak her iki akit taraf mevzuatına göre geçen sigortalılık sürelerinin münhasıran kendi mevzuatına göre geçmiş olsaydı müstehak olunacak olan nazari yardım miktarını hesaplar.

Şayet yardım bir sigortalılık süresine bağlı değil ise yardımın miktarı nazari miktardır

b) Yetkili sosyal sigorta mercii, daha sonra (a) fıkrasına göre hesaplanan meblağın ilgiliye ödenecek bölümünü, kendi mevzuatına göre dikkate alınacak olan sigortalılık süreleri ile her iki akit taraf mevzuatına göre geçen tüm sigortalılık süreleri arasındaki orana uygun olarak hesaplar.

c) Türk mevzuatına göre aylıklara ilave olarak yapılan yardımlar da (a) ve (b) bentlerine göre hesaplanır.

### Fasıl 3

#### İşkazaları ve meslek hastalığı

#### Madde 23

#### Sağlık yardımları

(1) Bir işkzası veya meslek hastalığı dolayısıyla akit taraflardan birinin mevzuatına göre, sağlık yardımlarını talep etme hakkına sahip olan ve diğer akit taraf ülkesinde geçici veya devamlı ikamet etmekte olan bir kişi, yetkili sosyal sigorta mercii nam ve hesabına, geçici veya devamlı ikamet etmekte olduğu akit tarafın sosyal sigorta mercii'nden, bu mercii için geçerli olan mevzuata göre, sanki bu tarafın sosyal sigorta mercii'nde sigortalı imiş gibi, sağlık yardımı talep etme hakkına sahiptir. 11 inci maddenin 2 nci fıkrası buna uygun olarak uygulanır.

(2) 1 inci fıkrada öngörülen sağlık yardımları,

Avusturya'da

İlgili kişinin geçici veya devamlı olarak ikamet ettiği yerdeki ilgili bölge hastalık kasası,

Türkiye'de

Sosyal Sigortalar Kurumu,

tarafından yapılır.

(3) 1 inci fıkraya göre hasıl olan masraflar, 15 inci maddeye uygun olarak tazmin edilir.

## **Madde 24**

### **Meslek Hastalıklarında Tazminat**

Bir meslek hastalığı nedeniyle her iki akit taraf mevzuatına göre bir tazminat ödenecek ise, bu tazminat, ülkesinde son olarak ve mahiyeti itibariyle böyle bir meslek hastalığına neden olabilecek işin yapıldığı akit taraf ülkesindeki mevzuata göre ödenir.

## **Bölüm IV**

### **Çeşitli Hükümler**

## **Madde 25**

### **Yetkili Makamların Görevleri**

#### **İdari ve Adli Yardım**

(1) Yetkili makamlar, bu Anlaşma'nın uygulanması için gerekli olan idari önlemleri bir Anlaşma ile düzenlerler.

(2) Yetkili makamlar birbirlerine;

a) Bu Anlaşma'nın uygulanması için alınan tüm önlemler,

b) Bu Anlaşma'nın uygulanması ile ilgili olarak kendi mevzuatlarında vaki olan tüm değişiklikler, hakkında bilgi verirler.

(3) Her iki akit taraf sosyal sigorta mercileri ve resmi makamları, 2 nci maddenin 1 inci fıkrasında belirtilen mevzuatların ve bu Anlaşma'nın uygulanmasında, sanki kendi mevzuatlarını uyguluyormuş gibi, karşılıklı yardımda bulunurlar. Bu yardımlar ücretsiz olarak yapılır. Her iki akit taraf yetkili makamları buna karşılık belirli bazı masrafların ödenmesini kararlaştırabilirler.

(4) Akit tarafların yetkili sosyal sigorta mercileri ve resmi makamları, bu Anlaşma'nın uygulanması amacıyla birbirleri ile ve keza ilgili kişiler veya bunların yetkili kıldığı kişiler ile doğrudan temasa geçebilirler.

(5) Bir akit tarafın sosyal sigorta mercileri, resmi makamları ve mahkemeleri, kendilerine verilen dilekçe vesair yazıları, diğer akit taraf devletinin resmi dili ile yazılmış olmalarından dolayı red edemezler.

(6) Bir akit taraf mevzuatının uygulanmasında gerekli görülen ve diğer akit taraf ülkesinde ikamet eden kimseleri ilgilendiren hekim muayeneleri, yetkili sosyal sigorta mercii'nin talebi üzerine ve masrafları bu sosyal sigorta mercii'nin nam ve hesabına ait olmak üzere, geçici veya devamlı olarak ikamet edilen mahallin yetkili sosyal sigorta mercii tarafından yaptırılır.

#### **Madde 26**

##### **İrtibat Büroları**

Yetkili makamlar, bu Anlaşma'nın uygulanmasını kolaylaştırmak ve özellikle her iki akit taraf ilgili sosyal sigorta mercileri arasında kolay ve süratli bir temasın tesis edilmesi maksadıyla irtibat büroları kurabilirler.

#### **Madde 27**

##### **Vergi ve Tasdik Harçlarından Muafiyet**

(1) Bir akit tarafın mevzuatında öngörülen ve bu akit taraf mevzuatının uygulanmasında ibraz edilecek olan yazı ve belgelerin vergi, damga resmi, mahkeme veya kayıt ücretlerinden bağışık tutulması veya bunlarda indirim yapılması gibi hususlar, bu Anlaşma'nın veya diğer akit taraf mevzuatının uygulanmasında ibraz edilecek olan aynı mahiyetteki yazı ve belgeler için de geçerlidir.

(2) Bu Anlaşma'nın uygulanmasında ibraz edilecek olan her türlü belge ve yazıların tasdikine gerek yoktur.

## Madde 28

### Yazılı Belgelerin Verilmesi

(1) Bu Anlaşmanın veya bir akit taraf mevzuatının uygulanmasında, bir akit tarafın makamına, bir merciine veya başka bir yetkili kuruluşuna verilecek olan dilekçeler, beyannameler veya yapılan itirazlar, diğer akit tarafın bir makamına, bir merciine veya başka bir yetkili kuruluşuna verilmiş dilekçeler, beyannameler veya itirazlar olarak kabul edilir.

(2) Bir akit taraf mevzuatına göre verilen yardım hakkındaki bir dilekçe, bu Anlaşma nazarı itibare alınmak suretiyle, diğer akit taraf mevzuatına göre sözkonusu olan aynı mahiyetteki bir yardıma ilişkin dilekçe olarak da geçerlidir; bu husus, dilekçe sahibinin, bir akit taraf mevzuatına göre kazanılan yaşlılık aylığının tespitinin ileri bir tarihe ertelenmesini talep etmesi halinde geçerli değildir.

(3) Bir akit taraf mevzuatının uygulanmasında, bu akit tarafın bir makamına, bir merciine veya başka bir yetkili kuruluşuna belirli bir süre içerisinde verilecek olan dilekçeler, beyannameler veya itiraz başvuruları, aynı süre içerisinde diğer akit tarafın benzeri mercilerine verilebilir.

(4) 1 ila 3 üncü fıkralarda belirtilen hallerde, kendisine başvuruda bulunulan merci, sözkonusu dilekçeleri, beyannameleri veya itiraz dilekçelerini, vakit geçirmeksizin diğer akit tarafın yetkili merciine iletir.

## Madde 29

### Ödeme Usulü

(1) Bir akit tarafın sosyal sigorta mercilerinin, bu Anlaşmaya göre, diğer akit taraf ülkesinde bulunan hak sahiplerine yapacakları ödemeler, ödeme yükümlülüğünü kaldırarak şekilde ilk akit tarafın parası ile yapılır. Bu sosyal sigorta mercilerinin ödemeleri, diğer akit taraf ülkesinde bulunan sosyal sigorta mercilerine yapacak olmaları halinde, bu ödemelerin bu akit taraf devletinin parası ile yapılması zorunludur.

(2) Bu Anlaşmanın uygulanmasında gerekli olan meblağların havaleleri, her iki akit tarafın, havale sırasında geçerli olan, tediye anlaşmalarına göre yapılır

### **Madde 30**

#### **Takip ve Tahsil Usulü**

Bir akit tarafın Sosyal Sigorta merciiine borçlanılan primler, diğer akit taraf ülkesinde, bu ülkedeki benzeri bir merciiye borçlanılan primlerin tahsili için geçerli olan idari yöntemlere göre yapılabilir.

### **Madde 31**

#### **Avansların Mahsubu**

(1) Akit taraflardan birinin Sosyal Sigorta merciiinin, bir yardıma mahsuben bir avans ödemiş olması halinde, diğer akit tarafın mercii, kendi mevzuatına göre müstehak olunan aynı mahiyetteki bir yardımın aynı zaman bölümüne rastlayan fark ödemesini ilk akit taraf Sosyal Sigorta merciiinin talebi üzerine ve onun nam ve hesabına mahfuz tutar. Bir akit taraf Sosyal Sigorta merciiinin, diğer akit taraf ülkesindeki bir Sosyal Sigorta merciiinin bilahare, aynı mahiyette yardımda bulunacağı bir süre için, gerekeninden fazla olarak bir yardımda bulunmuş olması halinde, bu yardımı aşan meblağ, bilahare ödenecek meblağ miktarı kadar, ilk cümle anlamında avans olarak yapılan bir ödeme olarak kabul edilir.

(2) Bir akit taraf ülkesindeki bir hak sahibine, bu hak sahibinin para yardımını talep etmeğe hakkı olduğu bir zaman aralığı içinde bir sosyal yardımın veya işsizlik sigortasından geçici bir yardımın yapılmış olması halinde, yükümlü Sosyal Sigorta mercii veya ödemeyi yapan Sosyal Sigorta mercii, talep üzerine ve ilgili Sosyal Sigorta merciiinin nam ve hesabına olmak üzere aynı zaman aralığına rastlayan ve birleşmiş olup ödenecek olan meblağların, ödenmiş bulunan yardım tutarındaki kısmı, sanki yardım, talepte bulunan Sosyal Sigorta merciiinin ülkesinde bulunduğu akit taraf mevzuatına göre yapılmış gibi mahsup edilir.

### **Madde 32**

#### **Tazminat**

(1) Bir akit taraf mevzuatına göre, diğer akit taraf ülkesinde verilen bir zarar nedeniyle tazminat talep hakkı olan bir kimsenin, zarara uğranılan ülke mevzuatına göre, üçüncü kişilere karşı tazminat talep hakkı varsa, bu tazminatı talep etme hakkı uyguladığı mevzuata göre ilk akit taraf yetkili Sosyal Sigorta merciiine geçer.

(2) Hasıl olan zarar dolayısı ile her iki akit taraf Sosyal Sigorta mercileri tazminat talep etmek hakkına sahip iseler, üçüncü şahıs, birinci fıkra gereğince her iki taraf Sosyal Sigorta mercisine ödenmesi gereken tazminatı, bunlardan birine ödeyerek mükellefiyetini yerine getirmiş sayılabilir. Bu durumda her iki akit taraf Sosyal Sigorta mercileri müteselsil alacaklı sayılırlar ve alınacak tazminatı, yardımlarıyla orantılı olarak paylaşırlar.

### Madde 33

#### İhtilafların Çözümü

(1) Akit taraf yetkili makamları, akit taraflar arasında bu Anlaşmanın yorumu ve tatbiki nedeni ile çıkacak tüm anlaşmazlıkları müzakere yolu ile halletmeye çalışırlar.

(2) Bir anlaşmazlığın bu şekilde altı ay içinde giderilmesi mümkün olmazsa, bu durumda anlaşmazlığın çözümü akit taraflardan birinin müracaatı üzerine aşağıdaki şekilde oluşturulacak olan bir hakem heyetine devredilir:

a) Anlaşmaya taraf olan her devlet anlaşmazlığın hakem heyeti tarafından giderilmesi ile ilgili müracaatın eline geçmesinden itibaren bir ay içinde bir hakem tayin eder. Bu şekilde tayin edilen iki hakem, hakemini son olarak atayan devletin bu atamayı bildirmesinden itibaren iki ay içinde üçüncü bir devletin uyuşundaki bir kişiyi üçüncü hakem olarak seçer.

b) Anlaşmaya taraf olan devletlerden birinin tespit edilen süre içinde hakem tayin etmemesi durumunda, diğer devlet Avrupa İnsan Hakları Mahkemesinin başkanına başvurarak, hakem tayin etmesini isteyebilir. Tayin edilen iki hakemin atanacak üçüncü hakemin seçimi konusunda mutabakata varamamaları halinde, aynı şekilde Avrupa İnsan Hakları Mahkemesine başvurulur.

c) Avrupa İnsan Hakları Mahkemesinin başkanının Anlaşmaya taraf olan devletlerden birinin uyuşunda olması halinde, bu madde ile kendisine verilen görevler mahkemenin başkan yardımcısına ya da aynı uyuşta olma durumunun söz konusu olmadığı en yüksek dereceli hakime devredilir.

(3) Hakem heyeti oy çokluğu ile karar verir. Heyetin kararları her iki devlet için de bağlayıcı niteliktedir. Anlaşmaya taraf olan her devlet kendisi tarafından atanan hakemin masraflarını karşılar. Diğer masraflar Anlaşmaya taraf olan devletlerce eşit oranda karşılanır. Hakem heyeti çalışma usullerini kendisi belirler.

## **Bölüm V**

### **Geçici ve Son Hükümler**

#### **Madde 34**

##### **Geçici Hükümler**

(1) Akit tarafların mevzuatlarında süresi içinde yapılan başvurularda geriye doğru geçerli olmak üzere belirli yardımların yapılacağına öngörülmesi durumu hariç bu Anlaşmanın yürürlüğe girmesinden önce vaki olan ya da 35 inci maddenin 3 üncü fıkrası kapsamına giren kişiler için 1 Ekim 1996 tarihinden önceki yardım taleplerine mesnet teşkil etmez.

(2) Bu Anlaşmaya göre bir yardım hakkının tespiti için akit taraf mevzuatlarından birine göre bu Anlaşmanın yürürlüğe girmesinden önce geçirilmiş bulunan sigortalılık süreleri de dikkate alınacaktır.

(3) Bu Anlaşma birinci fıkra hükümleri saklı kalmak kaydı ile Anlaşmanın yürürlüğe girmesinden önce vuku bulan sigorta olayları için de daha önce tespit edilen talepler toplu olarak ödenmediği müddetçe geçerlidir.

(4) Bu Anlaşmanın yürürlük tarihinden önce kazanılmış haklar bu Anlaşma ile haleldar edilemez.

(5) 35 inci maddenin 3 üncü fıkrası kapsamına girmeyen bir kişinin bu Anlaşmanın yürürlüğe girmesinden itibaren iki yıl içinde yardım almak için müracaatta bulunması halinde, yardımların bu Anlaşmanın yürürlüğe girmesinden itibaren verilmesi gerekli olup, ilgilinin başvurusu süresi içinde yapılmadığı veya zaman aşımı ileri sürülerek reddedilemez.

#### **Madde 35**

##### **Yürürlüğe Giriş**

(1) Bu Anlaşma onaylanacaktır. Onay belgeleri mümkün olan en kısa zamanda Ankara'da teati edilecektir.

(2) Bu Anlaşma onay belgelerinin teati edildiği ayı takip eden ayın birinci günü yürürlüğe girer.



(3) Bu Anlaşma'nın sosyal güvenlik çerçevesindeki yardımlardan yararlanılması ve bu yardımların verilmesi ile ilgili hükümleri, 1 Ekim 1996 tarihinden itibaren akit taraflar arasındaki, bu tarihten önce geçerli olan Sosyal Güvenlik Anlaşmasının kapsamına giren şahıslara uygulanır. Bu Anlaşmanın yürürlüğe girmesinden önce sağlık yardımlarının yapılması bakımından değişik bir yöntemin uygulanmış olması halinde, bu uygulama aynen kabul edilir.

### Madde 36

#### Yürürlükten Kalkma

(1) Bu Anlaşma süresiz olarak aktedilmiştir. Her bir akit taraf bir takvim yılı sonu itibarıyla altı aylık bir feshi ihbar süresine riayet ederek ve yazılı olarak diplomatik yoldan bu Anlaşmayı fesh edebilir.

(2) Fesih edilmesi halinde, bu Anlaşmanın müktesep haklara ilişkin hükümleri geçerli olmakta devam eder.

Her iki akit taraf yetkilileri Bu ANLAŞMAYI imzalamışlardır.

BU ANLAŞMA Viyana'da 28. Ekim 1999 tarihinde Almanca ve Türkçe olmak üzere iki orijinal nüsha halinde düzenlenmiş olup, her iki metin de aynı derecede geçerlidir.

Avusturya Cumhuriyeti adına:



Türkiye Cumhuriyeti adına:



[TRANSLATION -- TRADUCTION]

AGREEMENT BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE  
REPUBLIC OF TURKEY ON SOCIAL SECURITY

The Republic of Austria and the Republic of Turkey,

Desiring to foster relations between their two States in the matter of social security and to harmonize them with developments in the law, and

In recognition of the principle of equal treatment of nationals of both States in the application of national legislation on social security and the maintenance of acquired entitlements and expectancies,

Have decided to conclude the following Agreement:

PART I. GENERAL PROVISIONS

*Article 1. Definitions*

(1) For the purposes of this Agreement:

1. "Austria" means the Republic of Austria, and  
"Turkey" means the Republic of Turkey;
2. "Legislation" means the laws, regulations, statutory instruments and other legislative acts that relate to the branches of social security specified in article 2, paragraph 1, and are in force in the territory, or in part of the territory, of a Contracting State;
3. "Competent authority" means the ministers or federal ministers entrusted with the implementation of the legislation specified in article 2, paragraph 1;
4. "Institution" means the institute or authority responsible for the implementation of the legislation, or of part of the legislation specified in article 2, paragraph 1;
5. "Competent institution" means the institution with which the person concerned is insured at the time of applying for a benefit, or from which a person is entitled to receive benefits or would still be so entitled if he or she were resident in the territory of the Contracting State in which he or she was last insured;
6. "Residence" means the place of habitual residence;
7. "Stay" means temporary residence;
8. "Family member" means a family member under the legislation of the Contracting State in which the institution at whose expense benefits are to be provided is situated;
9. "Insurance periods" means contribution periods or periods treated as equivalent thereto under the legislation of the two Contracting States;

10. "Cash benefit", "pension" or "annuity" means a cash benefit, pension or annuity including any part thereof payable out of public funds, together with any supplements, adjustments or additional allowances, as well as lump sums paid in settlement of a claim, and payments effected by way of reimbursement of contributions.

(2) In this Agreement other terms have the meaning attributed to them under the relevant legislation.

#### *Article 2. Matters covered*

(1) This Agreement shall apply:

1. In Austria, to the legislation concerning:
  - (a) Sickness insurance,
  - (b) Accident insurance,
  - (c) Pension insurance, except for the special insurance scheme for notaries;
2. In Turkey, to the legislation concerning:
  - (a) Sickness and maternity insurance (with the exception of legislation concerning the pension fund of the Republic of Turkey and Bag-Kur);
  - (b) Industrial accident and occupational disease insurance;
  - (c) Invalidity, old-age and survivors' insurance.

(2) This Agreement shall also apply to all legislation that consolidates, amends or supplements the legislation referred to in paragraph 1.

#### *Article 3. Persons covered*

This Agreement shall apply:

- (a) To persons who are or were covered by the legislation of one or both Contracting States;
- (b) To other persons, to the extent that they derive their rights from the persons referred to in subparagraph (a).

#### *Article 4. Equality of treatment*

(1) In the implementation of the legislation of a Contracting State, the treatment accorded to its nationals shall also be accorded to:

- (a) The nationals of the other Contracting State;
- (b) Refugees, within the meaning of the Convention of 28 July 1951 relating to the Status of Refugees and the Protocol thereto of 31 January 1967, who reside in the territory of a Contracting State;
- (c) Stateless persons, within the meaning of the Convention of 28 September 1954 relating to the Status of Stateless Persons, who reside in the territory of a Contracting State.

(2) Paragraph 1 shall not affect:

- (a) Austrian legislation on credit for periods of active military service or periods treated as equivalent thereto;
- (b) Legislation of the two Contracting States concerning the participation of insured persons and employers in self-management bodies of the institutions and associations thereof and in the administration of justice in social security matters;
- (c) Legislation of the two Contracting States concerning the insurance of persons employed by an official mission of one of the two Contracting States in third States, or by members of such a mission;
- (d) Rules on assumption of insurance burdens in the agreements concluded by the two Contracting States.

*Article 5. Transfer of benefits*

(1) Except as otherwise provided in this Agreement, pensions, annuities and other cash benefits due to a person referred to in article 4 or his survivors under the legislation of one Contracting State shall also be payable in the event of the claimant's residence in the territory of the other Contracting State.

(2) Paragraph 1 shall not apply to the equalization supplement under Austrian law.

PART II. APPLICABLE LEGISLATION

*Article 6. General rule*

(1) Except as otherwise provided in articles 7 and 8, employed persons shall be subject to the legislation of the Contracting State in whose territory they are employed. This shall apply even if the residence of the employed person or the principal place of business of the employer is located in the territory of the other Contracting State.

(2) Civil servants and persons treated as such shall be governed by the legislation of the Contracting State by whose administration they are employed.

*Article 7. Special rules*

(1) If employed persons resident in the territory of one Contracting State are sent to the territory of the other Contracting State by an employer who ordinarily employs them in the territory of the first-mentioned Contracting State, they shall be subject to the legislation of the first-mentioned Contracting State up to the end of the twenty-fourth calendar month of their employment in the territory of the other Contracting State as if they were still employed in the territory of the first-mentioned Contracting State.

(2) If persons employed by an airline with its principal place of business in the territory of one Contracting State is sent from its territory to the territory of the other Contracting State, the legislation of the first-mentioned Contracting State shall continue to apply as if the person were still employed in its territory.

(3) The crew of an ocean-going vessel and other persons employed other than temporarily on such a vessel shall be governed by the legislation of the Contracting State whose flag the vessel is flying.

*Article 8. Diplomatic and consular personnel*

Diplomatic agents, permanent consuls, administrative and technical personnel of diplomatic missions or permanent consular posts, including their official domestic staff, and private domestic employees in the sole employ of diplomatic agents, permanent consuls or members of permanent consular posts, shall be subject to the provisions of the Vienna Convention on Diplomatic Relations or the Vienna Convention on Consular Relations.

*Article 9. Exceptions*

(1) At the joint request of the employed person and the employer, the competent authorities of the two Contracting States may agree on exceptions to articles 6 to 8, having due regard to the nature and circumstances of the employment.

(2) If under paragraph 1 the legislation of one of the Contracting States is applicable to an employed person, even though he or she is employed in the territory of the other Contracting State, the legislation shall be applied as if the person were employed in the territory of the first Contracting State.

PART III. SPECIAL PROVISIONS

CHAPTER I. SICKNESS, MATERNITY AND DEATH (DEATH BENEFIT)

*Article 10. Aggregation of insurance periods*

If a person has completed insurance periods under the legislation of both Contracting States, those periods shall be aggregated, unless they cover the same period of time, for the purpose of determining entitlement to benefits or the maintenance or recovery of entitlement to benefits.

*Article 11. Benefits in kind*

(1) A person who fulfils the requirements for entitlement to benefits under the legislation of one of the Contracting States, and

- (a) Who resides in the territory of the other Contracting State, or
- (b) Whose condition during a stay in the territory of the other Contracting State necessitates the immediate provision of benefits, assuming that the person concerned has not gone to the other Contracting State in order to seek medical treatment, or

- (c) Who has received or receives permission from the competent institution to go to the territory of the other Contracting State in order to obtain treatment appropriate to his condition there,

shall be entitled to receive benefits in kind, at the expense of the competent institution, from the institution of the place of residence or stay, under the legislation applicable to the latter institution, as if the person were insured with it.

(2) Unless it has been agreed that costs are to be reimbursed through lump-sum payments under article 15, paragraph 2, in cases arising under paragraph 1 the provision of prostheses, major appliances and other substantial benefits in kind shall depend on the consent of the competent institution, except if the granting of the benefit cannot be postponed without seriously endangering the life or health of the person concerned.

(3) The foregoing paragraphs shall apply *mutatis mutandis* to family members.

(4) Paragraph 1 (b) and (c) shall apply in Austria to treatment by self-employed doctors, dentists and dental technicians only in respect of the following persons:

- (a) Persons staying in Austria for the purpose of their employment and family members accompanying them;
- (b) Persons visiting their families residing in Austria;
- (c) Persons staying in Austria for other reasons, if they have received outpatient treatment at the expense of the local sickness insurance fund competent for their place of stay.

#### *Article 12. Cash benefits*

(1) In the cases referred to in article 11, paragraph 1, cash benefits shall be paid by the competent institution according to the legislation applicable to it.

(2) If, under the legislation of one of the Contracting States, the amount of cash benefits paid depends on the number of family members, the competent institution shall also take into account family members who are ordinarily resident in the territory of the other Contracting State.

#### *Article 13. Pension recipients*

(1) Persons drawing a pension under the pension insurance of the Contracting States shall be subject to the legislation concerning sickness insurance for pensioners of the Contracting State in whose territory the persons drawing a pension are ordinarily resident. In any such cases where a pension is granted under the legislation of the other Contracting State only, such pension shall be deemed to be a pension under the legislation of the first-mentioned Contracting State.

(2) Paragraph (1) shall apply *mutatis mutandis* to persons applying for a pension.

*Article 14. Institutions in the place of stay or residence*

In cases covered by article 11, paragraph 1, and article 13, paragraph 1, second sentence, benefits shall be provided:

In Austria, by the local sickness insurance fund competent for the place of stay or residence of the person concerned, and

In Turkey, by the Social Security Institute.

*Article 15. Reimbursement of costs*

(1) The competent institution shall reimburse the institution of the place of residence or stay for sums paid out under article 11 and article 13, paragraph 1, second sentence, except for administrative costs.

(2) For the sake of administrative simplicity, the responsible authorities may agree that reimbursement will be on the basis of lump sum payments rather than itemized accounting of expenditures, either in all cases or in certain categories of cases.

(3) Expenditures on behalf of beneficiaries qualifying under Austrian pension insurance pursuant to article 13, paragraph 1, second sentence, shall be reimbursed from pensioners' sickness insurance contributions received by the Association of Austrian Social Insurance Institutions.

*Article 16. Death benefit*

(1) If a person who is subject to the legislation of one Contracting State, or a person qualifying for a pension or a family member should die in the territory of the other Contracting State, the death shall be deemed to have occurred in the territory of the first-mentioned Contracting State.

(2) The death benefit shall be to the charge of the competent institution even if the beneficiary is resident in the territory of the other Contracting State.

CHAPTER 2. OLD AGE, INVALIDITY AND DEATH (PENSIONS)

*Article 17. Aggregation of insurance periods*

(1) If, under the legislation of one of the Contracting States, the acquisition, retention or recovery of entitlement to benefits depends on the completion of insurance periods, the competent institution of that Contracting State shall, as far as necessary, take account of insurance periods completed under the legislation of the other Contracting State, as if they had been completed under the legislation which it is required to apply, insofar as they do not overlap.

(2) If, under the legislation of one of the Contracting States, the granting of particular benefits depends on the completion of insurance periods in an occupation for which a special scheme exists, or in a certain occupation or a certain type of employment, insurance periods completed under the legislation of the other Contracting State shall be taken into

account for the purpose of granting such benefits only if they were completed under a corresponding scheme or, if none exists, in the same occupation or the same type of employment.

*Article 18. Insurance periods of less than a year*

(1) If the insurance periods to be taken into account under the legislation of one of the Contracting States for the purpose of calculating a benefit amount to less than 12 months, no benefit shall be paid under that legislation. This shall not apply if a benefit entitlement exists under that legislation only on the basis of those insurance periods.

(2) The insurance periods referred to in paragraph 1 shall be taken into account by the institution of the other Contracting State with respect to the acquisition, retention and recovery of a benefit entitlement and the extent of the entitlement, as if they were insurance periods completed under the legislation which it is required to apply.

SECTION 1. BENEFITS UNDER AUSTRIAN LEGISLATION

*Article 19. Determining entitlement to benefits*

Where benefits are claimed by a person who has completed insurance periods under the legislation of both Contracting States, or by that person's survivors, the competent Austrian institution shall determine according to Austrian legislation whether the person concerned is entitled to a benefit by aggregating the insurance periods pursuant to article 17 and taking into account the following provisions:

1. If the periods in which pensions are granted under Austrian legislation extend the period of time during which insurance periods must be completed, this period of time shall also be extended by corresponding periods in which pensions are granted under Turkish legislation.
2. Turkish insurance periods expressed in days shall be converted to months, 30 days corresponding to one month; any remaining days shall be treated as one whole month.

*Article 20. Calculation of benefits*

(1) If entitlement to a benefit exists under Austrian legislation even if article 17 is not applied, the competent Austrian institution shall determine the benefit solely on the basis of the insurance periods to be taken into account under Austrian legislation.

(2) If a benefit entitlement exists under Austrian legislation only if article 17 is applied, the competent Austrian institution shall determine the benefit solely on the basis of the insurance periods to be taken into account under Austrian legislation and with due consideration of the following provisions:

1. Benefits or partial benefits the amount of which is not conditional upon the duration of completed insurance periods shall be payable in proportion to the ratio that the insurance periods to be taken into account for calculating bene-



fits under Austrian legislation bear to 30 years, but not in excess of the full amount.

2. If periods subsequent to the occurrence of the insured contingency are to be taken into account when calculating invalidity or survivors' benefits, such periods shall be taken into account only in proportion to the ratio that the insurance periods to be taken into account under Austrian legislation for calculating the benefit bear to two thirds of the full calendar months from completion of the sixteenth year of life of the person concerned until the occurrence of the insured contingency, but not exceeding a one-to-one ratio.
3. Subparagraph I shall not apply:
  - (a) In respect of benefits from complementary insurance (Höhensicherung) scheme;
  - (b) In respect of means-tested benefits or partial benefits to ensure a minimum income.

## SECTION 2. BENEFITS UNDER TURKISH LEGISLATION

### *Article 21. Determining entitlement to benefits*

Where benefits are claimed by a person who has completed insurance periods under the legislation of both Contracting States, or by that person's survivors, the competent Turkish institution shall determine according to the legislation applicable to it whether the person concerned is entitled to a benefit by aggregating the insurance periods pursuant to article 17 and taking into account the following provisions:

- (a) The competent institution shall be the institute or fund to which the insured person last paid contributions in Turkey;
- (b) If, prior to enrolment in an insurance scheme in Turkey, a person had pension coverage under Austrian legislation, the commencement of the insurance coverage in Austria shall, for the purposes of implementing the Turkish legislation, be regarded as the date of enrolment in the insurance scheme;
- (c) Austrian insurance periods expressed in months shall be converted to days, one month corresponding to 30 days.

### *Article 22. Calculation of benefits*

(1) If entitlement to a benefit exists under Turkish legislation even if article 17 is not applied, the competent Turkish institution shall determine the benefit solely on the basis of the insurance periods to be taken into account under Turkish legislation.

(2) If a benefit entitlement exists under Turkish legislation only if article 17 is applied, the competent Turkish institution shall determine the benefit in the following way:

- (a) The competent institution shall first calculate the theoretical amount of the benefit that would be due if all the insurance periods completed under the legislation of both Contracting States had been completed solely under the leg-

islation applicable to that insurance authority. If the amount of the benefit is not conditional upon the duration of the insurance, that amount shall be deemed to be the theoretical amount;

- (b) The competent institution shall then calculate the partial benefit payable on the basis of the amount computed in accordance with subparagraph (a), in proportion to the ratio that the duration of the insurance periods to be taken into account under the legislation applicable to that institution bears to the total duration of the insurance periods to be taken into account under the legislation of both Contracting States;
- (c) The special payments to be made under Turkish legislation shall be calculated in accordance with subparagraphs (a) and (b).

### CHAPTER 3. INDUSTRIAL ACCIDENTS AND OCCUPATIONAL DISEASES

#### *Article 23. Benefits in kind*

(1) A person who is eligible for benefits in kind under the legislation of one Contracting State by reason of an industrial accident or occupational disease and is staying or residing in the territory of the other Contracting State, shall be entitled to receive benefits in kind, to the charge of the competent institution, from the institution of his place of stay or residence in accordance with the legislation applicable to that institution as if he were insured with it. Article 11, paragraph 2, shall apply *mutatis mutandis*.

(2) The benefits in kind referred to in paragraph 1 shall be provided:

In Austria, by the local sickness insurance fund that is competent for the place of stay or residence of the person concerned;

In Turkey, by the Social Security Institute.

(3) With regard to the reimbursement of amounts paid out in accordance with paragraph 1, article 15 shall apply *mutatis mutandis*.

#### *Article 24. Compensation for occupational diseases*

Where compensation is payable in respect of an occupational disease under the legislation of both Contracting States, benefits shall be granted solely under the legislation of the Contracting State in whose territory an occupation of a type capable of giving rise to such disease was last pursued.

### PART IV. MISCELLANEOUS PROVISIONS

#### *Article 25. Duties of the competent authorities, administrative and judicial assistance*

(1) The competent authorities shall determine by agreement the administrative measures necessary to implement this Agreement.

(2) The competent authorities shall inform each other of:

- (a) All measures taken to implement this Agreement;
- (b) All amendments to their legislation affecting the implementation of this Agreement.

(3) The institutions and authorities of the two Contracting States shall assist each other in the implementation of the legislation specified in article 2, paragraph 1, and of this Agreement as if they were applying their own legislation. Such assistance shall be free of charge. The competent authorities of the two Contracting States may, however, agree upon the reimbursement of specific costs.

(4) For the purposes of the application of this Agreement, the institutions and authorities of the Contracting States may communicate directly with one another and with the persons concerned or their authorized representatives.

(5) An application or other document submitted to the institutions, authorities or courts of one Contracting State may not be rejected by them for the reason that it is drawn up in the official language of the other Contracting State.

(6) Medical examinations conducted in implementation of the legislation of one Contracting State and involving persons staying in the territory of the other Contracting State shall, upon the request of the competent institution and at its expense, be arranged by the institution of the place of stay or residence.

#### *Article 26. Liaison offices*

The competent authorities shall establish liaison offices in order to facilitate the implementation of this Agreement, in particular with a view to creating a simple and expeditious system of communication between the institutions concerned on both sides.

#### *Article 27. Exemption from taxes and certification*

(1) Any exemption from or reduction of taxes, stamp duty or court or registration fees provided for under the regulations of a Contracting State in respect of documents or certificates to be submitted in implementation of the legislation of that Contracting State shall also apply to the corresponding documents and certificates to be submitted in implementation of this Agreement or the legislation of the other Contracting State.

(2) Certificates and documents of any kind that are to be submitted in implementation of this Agreement shall not require authentication.

#### *Article 28. Submission of documents*

(1) Claims, declarations or appeals submitted under this Agreement or the legislation of a Contracting State to an authority, institution or other competent agency of a Contracting State shall be regarded as claims, declarations or appeals submitted to an authority, institution or other competent agency of the other Contracting State.

(2) A claim for a benefit filed under the legislation of one of the Contracting States shall also be deemed to be a claim under the legislation of the other Contracting State for a corresponding benefit covered by this Agreement. This shall not apply if the claimant ex-

pressly requests a deferral of the determination of a retirement benefit acquired under the legislation of a Contracting State.

(3) Claims, declarations or appeals which under the legislation of one of the Contracting States must be submitted within a specified period to an authority, institution or other competent agency of that Contracting State may be submitted within the same period to the corresponding agency of the other Contracting State.

(4) In the cases referred to in paragraphs 1 to 3, the receiving agency shall transmit such claims, declarations or appeals without delay to the corresponding competent agency of the other Contracting State.

#### *Article 29. Payment transactions*

(1) Where institutions of one Contracting State are required under this Agreement to effect payments to beneficiaries resident in the territory of the other Contracting State, they may validly discharge their payment obligations in the currency of the first-mentioned Contracting State; should they be required to effect payments to institutions situated in the territory of the other Contracting State, such payments shall be made in the currency of that Contracting State.

(2) Transfers of funds required for the implementation of this Agreement shall be carried out in accordance with the payment agreements that are in force between the Contracting States at the time of the transfer.

#### *Article 30. Execution procedure*

Contributions payable to an institution of one Contracting State may be collected in the territory of the other Contracting State in accordance with the administrative procedure applying to the collection of contributions payable to the corresponding institutions of that Contracting State.

#### *Article 31. Computation of advance payments*

(1) If an institution of one Contracting State has made an advance payment in respect of a benefit, the institution of the other Contracting State shall, at the request and on behalf of the first-mentioned institution, withhold the subsequent payment of a corresponding benefit to which entitlement exists under the legislation of the other Contracting State and which relates to the same period. If the institution of one Contracting State has paid a benefit for an amount higher than that due in respect of a period for which the institution of the other Contracting State subsequently has to provide a corresponding benefit, the overpaid amount of the benefit shall, up to the amount subsequently payable, be regarded as an advance payment within the meaning of the first sentence.

(2) If a welfare benefit or provisional benefit under unemployment insurance has been granted to a beneficiary in one Contracting State during a period for which the beneficiary is entitled to cash benefits, the liable institution or paying agency shall, at the request and for account of the agency concerned, withhold subsequent payments relating to the same

period up to the amount of the paid benefits as if they were benefits under the legislation of the Contracting State in whose territory the requesting agency is situated.

*Article 32. Compensation*

(1) If a person who is to receive benefits under the legislation of one Contracting State in respect of a loss sustained in the territory of the other Contracting State is entitled under the legislation of that State to claim damages for such loss from a third party, the institution of the first-mentioned Contracting State shall be subrogated to the claim for damages in accordance with the legislation applicable to it.

(2) If an institution in one of the Contracting States and an institution in the other are both entitled to claim damages in respect of similar benefits arising out of the same loss occurrence, the third party may satisfy the claims transferred to the two institutions pursuant to paragraph 1, with the effect of full discharge, by making payment to either institution. The institutions shall divide the payment between them in proportion to the benefits payable by each of them.

*Article 33. Settlement of disputes*

(1) Disputes between the two Contracting States concerning the interpretation or application of this Agreement shall be a matter for direct negotiations between the competent authorities of the two Contracting States.

(2) If a dispute cannot be settled in this manner within six months, it shall be submitted at the request of either Contracting Party to an arbitral tribunal, to be constituted as follows:

- (a) Each Contracting State shall, within one month of receiving the request for arbitration, appoint one arbitrator. The two arbitrators appointed in this manner shall, within two months of notification of its choice by the second Contracting State to appoint its arbitrator, appoint a national of a third State as the third arbitrator.
- (b) If a Contracting State has not appointed an arbitrator within the fixed time limit, the other Contracting State may request the President of the European Court of Human Rights to appoint one. The same procedure shall be followed, at the request of a Contracting State, if the two arbitrators cannot agree on the choice of the third arbitrator.
- (c) If the President of the European Court of Human Rights is a national of one of the two Contracting States, the functions entrusted to him under this article shall pass to the Vice-President of the Court or to the most senior judge of the Court not in that situation.

(3) The arbitral tribunal shall take its decisions by a majority vote. Its decisions shall be binding on both Contracting States. Each Contracting State shall bear the costs of the arbitrator whom it appoints. The remaining costs shall be borne equally by the Contracting States. The arbitral tribunal shall determine its own procedure.

PART V. TRANSITIONAL AND FINAL PROVISIONS

*Article 34. Transitional provisions*

(1) This Agreement shall not give rise to any entitlement to benefits for the periods prior to its entry into force or for the persons referred to in article 35, paragraph 3, prior to 1 October 1996, unless the legislation of the Contracting States provides for the retroactive accrual of specific benefits in the case of a claim filed in due time.

(2) For the purpose of determining entitlement to benefits under this Agreement, insurance periods completed under the legislation of one of the Contracting States before the entry into force of this Agreement shall also be taken into account.

(3) Subject to paragraph 1, this Agreement shall also apply to insured contingencies that occurred prior to its entry into force, except where entitlements determined at an earlier date have been settled through lump-sum payments.

(4) This Agreement shall not affect entitlements acquired prior to its entry into force.

(5) If a claim for benefits is submitted within two years of the entry into force of this Agreement by a person not covered by article 35, paragraph 3, the benefits shall be provided from the entry into force of this Agreement without the person concerned being subject to time limits or limitation periods.

*Article 35. Entry into force*

(1) This Agreement shall be ratified. The instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible in Ankara.

(2) This Agreement shall enter into force on the first day of the month following the month in which the instruments of ratification are exchanged.

(3) The provisions of this Agreement relating to the acquisition and granting of social security benefits shall apply as from 1 October 1996 to persons to whom the Convention on Social Security in force between the two Contracting States applied before this date. If other procedures were followed for the granting of benefits in kind in the period before entry into force, the matter shall rest there.

*Article 36. Expiry*

(1) This Agreement is concluded for an indefinite period. Either Contracting State may denounce it in writing, through the diplomatic channel, six months before the end of a calendar year.

(2) In the event of denunciation, the provisions of this Agreement shall continue to apply to acquired entitlements.

In witness whereof the plenipotentiaries of both Contracting States have signed this Agreement.

Done at Vienna, on 28 October 1999, in two originals in the German and Turkish languages, both texts being equally authentic.

For the Republic of Austria:

PROSL

For the Republic of Turkey:

ÖMER AKBEL

[TRANSLATION -- TRADUCTION]

## ACCORD ENTRE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LA RÉPUBLIQUE DE TURQUIE RELATIF À LA SÉCURITÉ SOCIALE

La République d'Autriche et la République de Turquie,

Animées du désir de favoriser les relations entre les deux États dans le domaine de la sécurité sociale et de les mettre en harmonie avec l'évolution du droit,

Reconnaissant le principe de l'égalité de traitement des ressortissants des deux États lors de l'application des dispositions législatives internes en matière de sécurité sociale et le principe du maintien des droits acquis et des droits en cours d'acquisition,

Sont convenues de l'Accord ci-après :

### TITRE I. DISPOSITIONS GÉNÉRALES

#### *Article premier. Définitions*

##### 1. Aux fins du présent Accord :

- 1) Le nom "Autriche" désigne la République d'Autriche et le nom "Turquie" désigne la République de Turquie.
- 2) L'expression "dispositions législatives" désigne les lois, ordonnances, instruments statutaires et autres actes normatifs en général, relatifs aux branches de la sécurité sociale mentionnées au paragraphe 1 de l'article 2 et en vigueur sur le territoire ou sur une partie du territoire d'un État contractant.
- 3) L'expression "autorité compétente" désigne les ministres ou les ministres fédéraux chargés de l'application des dispositions législatives indiquées au paragraphe 1 de l'article 2.
- 4) Le terme "institution" désigne l'organisme ou l'autorité dont relève l'application des dispositions législatives mentionnées au paragraphe 1 de l'article 2 ou d'une partie de ces dispositions.
- 5) L'expression "institution compétente" désigne l'institution auprès de laquelle l'intéressé est assuré au moment de la demande de prestations ou à l'égard de laquelle il a un droit à prestations ou aurait un tel droit s'il résidait sur le territoire de l'État contractant dans lequel il était assuré en dernier lieu.
- 6) Le terme "domicile" désigne le lieu du séjour usuel.
- 7) L'expression "lieu de séjour" désigne le lieu de séjour passager.
- 8) L'expression "membre de la famille" désigne un membre de la famille au sens de la législation de l'État contractant dans lequel l'institution qui doit fournir les prestations a son siège.



- 9) L'expression "périodes d'assurance" désigne les périodes de cotisation ou les périodes assimilées considérées comme telles d'après la législation des deux États contractants.
  - 10) Les expressions "prestations en espèces", "pension" ou "pension de retraite" désignent une prestation en espèces, une pension ou une pension de retraite, y compris tous ses composants provenant de fonds publics, tous les suppléments, toutes les allocations et majorations ainsi que tous les versements de capital.
2. Les autres termes employés dans le présent Accord ont le sens qui leur est attribué dans la législation des deux États contractants.

#### *Article 2. Portée législative*

1. Le présent Accord s'applique :
  - 1) En Autriche, aux dispositions législatives relatives à :
    - a) L'assurance maladie;
    - b) L'assurance accidents;
    - c) L'assurance-pension;
    - d) Les allocations familiales.
  - 2) En Turquie, aux dispositions législatives relatives à :
    - a) L'assurance maladie et maternité à l'exception de la législation concernant le fonds de pension de la République de Turquie et Bag-Kur;
    - b) L'assurance contre les accidents du travail et les maladies professionnelles;
    - c) L'assurance invalidité, vieillesse et survivants.
2. Le présent Accord s'applique à toutes les décisions législatives reprenant, modifiant ou complétant les dispositions législatives mentionnées au paragraphe 1.

#### *Article 3. Champ d'application personnel*

- Le présent Accord s'applique :
- a) Aux personnes qui sont ou ont été assujetties aux législations de l'un ou des deux États contractants;
  - b) À toute autre personne dont les droits découlent de ceux d'une personne mentionnée à l'alinéa a).

#### *Article 4. Égalité de traitement*

1. Lors de l'application des dispositions législatives d'un État contractant, sont assimilés aux ressortissants de cet État contractant :
  - a) Les ressortissants de l'autre État contractant;

- b) Les réfugiés au sens de la Convention du 28 juillet 1951 relative au statut des réfugiés et du Protocole de ladite Convention en date du 31 janvier 1967, qui résident habituellement sur le territoire d'un État contractant;
  - c) Les apatrides au sens de la Convention du 28 septembre 1954 relative au statut des apatrides, qui résident habituellement sur le territoire d'un État contractant.
2. Le paragraphe 1 ne s'applique pas :
- a) Aux dispositions de la législation autrichienne relatives à la prise en compte des périodes de service en temps de guerre ou des périodes assimilées;
  - b) Aux dispositions de la législation des deux États contractants concernant la participation de personnes assurées et de leurs employeurs dans les organes des caisses d'assurance et de leurs associations ou la jurisprudence relative à la sécurité sociale;
  - c) Aux dispositions de la législation des deux États contractants concernant l'assurance des personnes employées par une représentation officielle de l'un des deux États contractants dans des États tiers ou employés par des membres d'une telle représentation;
  - d) À la répartition de la charge d'assurance résultant d'accords entre les deux États contractants.

#### *Article 5. Transfert des prestations*

1. Sauf dispositions contraires du présent Accord, les pensions, rentes et autres prestations qui sont dues à une personne tel que stipulé à l'article 4 ou à ses survivants en vertu des dispositions de la législation de l'un des États contractants, dans le cas où l'ayant droit réside sur le territoire de l'autre État contractant.

2. Le paragraphe 1 ne s'applique pas à l'allocation minimum au sens de la législation autrichienne.

### TITRE II. DISPOSITIONS CONCERNANT LES LÉGISLATIONS APPLICABLES

#### *Article 6. Règlements généraux*

1. Sauf disposition contraire des articles 7 et 8, les personnes exerçant une activité rémunérée sont assujetties à la législation de l'État contractant sur le territoire duquel cette activité est exercée. Il en est de même des activités salariées, même si le domicile du salarié ou le siège de l'employeur se trouve sur le territoire de l'autre État contractant.

2. Pour les fonctionnaires et les personnes qui leur sont assimilées, les dispositions législatives de l'État contractant dans l'administration duquel ils sont employés s'appliqueront.

*Article 7. Règlements spéciaux*

1. Si des salariés domiciliés sur le territoire d'un État contractant sont envoyés sur le territoire de l'autre État contractant par un employeur qui les emploie habituellement sur le territoire du premier État contractant, ils sont soumis, jusqu'à la fin du 24<sup>e</sup> mois civil de leur emploi sur le territoire de l'autre État contractant, aux dispositions législatives du premier État contractant comme s'ils étaient encore employés sur le territoire de cet État.

2. Si des salariés d'une entreprise de transport aérien ayant son siège sur le territoire d'un État contractant sont envoyés de ce territoire sur le territoire de l'autre État contractant, ils continuent d'être soumis aux dispositions législatives du premier État contractant, comme s'ils étaient encore employés sur le territoire de cet État.

3. Pour l'équipage d'un navire affecté à la navigation maritime ainsi que pour les autres personnes exerçant leur activité à titre non seulement temporaire sur un tel navire, sont applicables les dispositions législatives de l'État contractant dont le navire bat pavillon.

*Article 8. Personnel diplomatique et consulaire*

Pour les diplomates et les consuls de carrière et pour le personnel administratif et technique des autorités de représentation dirigées par des diplomates et des consuls de carrière ainsi que pour les membres du personnel de service de ces autorités de représentation, et pour le personnel domestique employé à titre privé exclusivement par les diplomates, consuls de carrière et par les membres des autorités de représentation dirigées par des consuls de carrière, sont applicables les dispositions de la Convention de Vienne relative aux relations diplomatiques et respectivement de la Convention de Vienne relative aux relations consulaires.

*Article 9. Exceptions*

1. À la demande conjointe du salarié et de son employeur, les autorités compétentes des deux États contractants peuvent convenir d'exceptions aux dispositions des articles 6 à 8, en tenant compte de la nature et des circonstances de l'emploi.

2. Si un salarié est assujéti à la législation de l'un des États contractants en application des dispositions du paragraphe 1 du présent article, bien qu'il exerce son emploi sur le territoire de l'autre État contractant, il est assujéti à la législation qui lui serait applicable si cet emploi était exercé sur le territoire du premier État contractant.

TITRE III. DISPOSITIONS SPÉCIALES

CHAPITRE I. ASSURANCE MALADIE ET MATERNITÉ

*Article 10. Totalisation des périodes d'assurance*

Si une personne a acquis des périodes d'assurance en vertu des dispositions législatives des deux États contractants, ces périodes doivent être prises en compte pour l'acquisition, le maintien et le recouvrement d'un droit à prestation, pour autant qu'elles ne se superposent pas.

*Article 11. Prestations en nature*

1. Une personne qui remplit les conditions nécessaires pour avoir droit à des prestations, conformément à la législation de l'un des États contractants et

- a) Qui séjourne sur le territoire de l'autre État contractant, ou
- b) Dont l'état pendant le séjour sur le territoire de l'autre État contractant exige immédiatement des prestations et que la personne ne s'est pas rendue dans l'autre État contractant aux fins de recourir à une prise en charge médicale, ou
- c) Qui a reçu ou reçoit l'autorisation de l'institution compétente de se rendre sur le territoire de l'autre État contractant pour y bénéficier d'un traitement adéquat à son état,

a droit à des prestations en nature à la charge de l'institution compétente de la part de l'institution du lieu de domicile ou de séjour, conformément aux dispositions législatives applicables à cette institution, comme si elle était assurée chez celle-ci.

2. Dans le cas du paragraphe 1, la fourniture de prothèses, d'appareillages plus importants et d'autres prestations en nature d'importance notable est subordonnée à l'accord de l'institution compétente. L'accord n'est pas nécessaire dans le cas où la fourniture de la prestation ne peut être différée sans mettre sérieusement en danger la vie ou la santé de l'intéressé ou si un remboursement des frais s'opère par versement forfaitaires d'après le paragraphe 2 de l'article 15.

3. Les paragraphes ci-dessus s'appliquent mutatis mutandis aux membres de la famille.

4. Les alinéas b) et c) du paragraphe 1 s'appliquent au traitement assuré par des médecins, chirurgiens-dentistes et dentistes libéraux, uniquement aux personnes suivantes :

- a) Les personnes qui, pour l'exercice de leurs activités, séjournent en Autriche de même qu'aux membres de leur famille qui les accompagnent;
- b) Les personnes qui rendent visite à des membres de leur famille séjournant en Autriche;
- c) Les personnes qui, pour d'autres raisons, séjournent en Autriche lorsque des soins ambulatoires leur sont dispensés pour le compte de l'institution compétente de leur lieu de séjour.

*Article 12. Prestations en espèces*

1. Dans les cas prévus au paragraphe 1 de l'article 11, les prestations en espèces sont à la charge de l'institution compétente, d'après la législation qui lui est applicable.

2. Si, conformément à la législation de l'un des États contractants, le montant d'une prestation en espèces dépend du nombre des membres de la famille, l'institution compétente tient compte aussi des membres de la famille qui séjournent sur le territoire de l'autre État contractant.

*Article 13. Prestataires*

1. Les bénéficiaires d'une pension au titre de l'assurance-pension des États contractants sont assujettis aux dispositions législatives concernant l'assurance maladie des bénéficiaires de pension de l'État contractant sur le territoire duquel les bénéficiaires de pension résident habituellement. À cet égard, en cas d'octroi d'une pension uniquement en vertu des dispositions législatives de l'autre État contractant, cette pension est régie par les dispositions législatives du premier État contractant.

2. Les dispositions du paragraphe 1 sont applicables, mutatis mutandis, aux personnes faisant valoir un droit à pension.

*Article 14. Institution du lieu de séjour ou de domicile*

Dans les cas visés au paragraphe 1 de l'article 11 et dans la deuxième phrase du paragraphe 1 de l'article 13, les prestations sont versées :

En Autriche, par la caisse régionale d'assurance maladie compétente pour le lieu de séjour ou de domicile de l'intéressé;

En Turquie, par l'Office des assurances sociales.

*Article 15. Remboursement des frais*

1. L'institution compétente rembourse à l'institution qui a fourni les prestations en nature les montants déboursés, conformément aux dispositions de l'article 11 et de la deuxième phrase du paragraphe 1 de l'article 13, à l'exception des frais administratifs.

2. Les autorités compétentes peuvent convenir, à des fins de simplification des procédures administratives, que dans tous les cas ou dans certains groupes de cas, les décomptes de frais détaillés seront remplacés par des versements forfaitaires.

3. Dans les cas visés à la deuxième phrase du paragraphe 1 de l'article 13, le remboursement des frais encourus au bénéfice d'assurés du régime autrichien d'assurance retraite est financé par les cotisations d'assurance maladie des retraités, versées à l'organisation centrale des caisses autrichiennes de sécurité sociale.

*Article 16. Indemnité en cas de décès*

1. Lorsqu'une personne soumise aux dispositions législatives de l'un des États contractants, ou le titulaire d'une pension ou un membre de la famille, décède sur le territoire de l'autre État contractant, le décès est réputé avoir eu lieu sur le territoire du premier État contractant.

2. L'institution compétente prend à sa charge l'indemnité au titre du décès, même si le bénéficiaire se trouve sur le territoire de l'autre État contractant.

CHAPITRE 2. VIEILLESSE, INVALIDITÉ ET DÉCÈS (PENSIONS)

*Article 17. Totalisation des périodes d'assurance*

1. Si, d'après la législation d'un État contractant, l'acquisition, le maintien ou le recouvrement d'un droit à prestation dépend de l'accomplissement de périodes d'assurance, l'institution compétente de cet État contractant doit, autant que de besoin, tenir compte des périodes d'assurance cumulées d'après la législation de l'autre État contractant, comme s'il s'agissait de périodes d'assurance cumulées d'après ses propres dispositions législatives.

2. Si, selon la législation de l'un des États contractants, l'octroi de certaines prestations dépend de l'accumulation de périodes d'assurance au titre d'un emploi pour lequel il existe un régime spécial, ou d'un emploi ou d'une activité particuliers, ne sont à comptabiliser pour l'octroi de ces prestations, conformément à la législation de l'autre État contractant, que les périodes d'assurance accumulées conformément à un régime correspondant ou, s'il n'en existe pas, dans l'exercice d'une profession ou d'une activité identiques.

*Article 18. Périodes d'assurance de moins d'un an*

1. Si les périodes d'assurance qui doivent être prises en compte pour le calcul de la prestation, conformément à la législation d'un État contractant, n'atteignent pas douze mois au total, aucune prestation n'est accordée conformément à cette législation sauf si, selon elle, un droit à prestation existe en fonction uniquement de ces périodes d'assurance.

2. Les périodes d'assurance visées au paragraphe 1 doivent être comptabilisées par l'institution de l'autre État contractant pour l'acquisition, le maintien et le recouvrement d'un droit à prestation et son calcul, comme s'il s'agissait d'une période d'assurance accumulée conformément à sa propre législation.

PARTIE 1. PRESTATIONS D'APRÈS LA LÉGISLATION AUTRICHIENNE

*Article 19. Détermination des droits à prestation*

Si une personne ayant accumulé des périodes d'assurance, conformément à la législation des deux États contractants, ou ses survivants, font valoir leur droit à des prestations, l'institution compétente autrichienne doit déterminer d'après la législation autrichienne si la personne intéressée, compte tenu de la comptabilisation des périodes d'assurance visées à l'article 17 et des dispositions ci-après, a droit à une prestation :

1. Si, d'après la législation autrichienne, les périodes d'activité pour l'octroi d'une pension prolongent le délai pendant lequel les périodes d'assurance doivent être accumulées, ce délai se prolonge aussi par les périodes correspondantes de l'octroi d'une pension, conformément à la législation turque.
2. Les périodes d'assurance turques exprimées en jours sont à convertir en mois, à raison de 30 jours par mois; les jours restants comptent pour un mois entier.

*Article 20. Calcul des prestations*

1. Si, d'après la législation autrichienne, il existe un droit à prestation, même sans application de l'article 17, l'institution compétente autrichienne fixera la prestation uniquement sur la base des périodes d'assurance à prendre en compte d'après la législation autrichienne.

2. Si, d'après la législation autrichienne, il existe un droit à prestation seulement en application de l'article 17, l'institution compétente autrichienne fixera la prestation uniquement sur la base des périodes d'assurance à prendre en compte d'après la législation autrichienne ainsi qu'en tenant compte des dispositions suivantes :

- 1) Les prestations ou les fractions de prestation, dont le montant ne dépend pas de la durée des périodes d'assurance accumulées, sont dues au prorata des périodes d'assurance de 30 ans à prendre en compte pour le calcul de la prestation, conformément à la législation autrichienne, mais au maximum jusqu'à la hauteur du montant total.
- 2) Si, pour le calcul des prestations en cas d'invalidité ou des prestations à des survivants, il faut tenir compte de périodes accomplies après ouverture du droit à prestation, ces périodes ne sont prises en considération que dans un rapport de deux tiers des mois civils entiers pris en compte par la législation autrichienne pour le calcul des périodes d'assurance, à partir de la 1<sup>6</sup>e année de vie révolue de l'intéressé jusqu'à ouverture du droit de prestation, mais au maximum jusqu'à la durée totale.
- 3) L'alinéa 1 ne s'applique pas :
  - a) En ce qui concerne les prestations d'une assurance complémentaire;
  - b) En ce qui concerne des prestations dépendant du revenu ou des prestations partielles pour assurer un revenu minimum.

PARTIE 2. PRESTATIONS D'APRÈS LA LÉGISLATION TURQUE

*Article 21. Détermination des prestations*

1. Si une personne qui a acquis des périodes d'assurance en vertu des dispositions législatives des deux États contractants, ou ses survivants, font valoir des droits à prestation, l'institution turque compétente doit déterminer conformément à la législation applicable si l'intéressé a droit à une prestation en calculant les périodes d'assurance en vertu de l'article 17 et en prenant en compte les dispositions suivantes :

- a) L'institution compétente est l'office ou la caisse auquel la personne assurée a versé en dernier lieu des cotisations en Turquie;
- b) Si une personne est soumise aux dispositions législatives autrichiennes sur l'assurance pension avant son affiliation à l'assurance en Turquie, le commencement de son affiliation à l'assurance en Autriche est assimilé, lors de l'application des dispositions législatives turques, à une première affiliation à l'assurance;

- c) Les périodes d'assurance autrichienne exprimées en mois sont converties en jours, un mois correspondant à 30 jours.

*Article 22. Calcul des prestations*

1. S'il existe un droit à prestation en vertu des dispositions législatives turques, même sans recours à l'article 17, l'institution compétente de la Turquie détermine la prestation due uniquement sur la base des périodes d'assurance à prendre en compte selon les dispositions de la législation turque.

2. Si un droit à prestation existe en vertu de la législation turque uniquement en tenant compte de l'article 17, l'institution compétente turque calculera la prestation de la manière suivante :

- a) L'institution compétente doit d'abord calculer le montant théorique de la prestation qui serait due si toutes les périodes d'assurance accomplies selon les dispositions législatives des deux États contractants avaient été exclusivement accomplies selon les dispositions législatives pour l'institution. Si le montant de la prestation ne dépend pas de la durée de l'assurance, ce montant est considéré comme le montant théorique;
- b) Ensuite, l'institution compétente calcule la fraction de prestation qui est due sur la base du montant calculé selon les dispositions de l'alinéa a), selon le rapport existant entre la durée des périodes d'assurance à prendre en considération selon les dispositions législatives applicables par elles, et la totalité des périodes d'assurance à prendre en considération selon les dispositions législatives des deux États contractants;
- c) Les versements spéciaux au titre de la législation turque sont calculés conformément aux alinéas a) et b).

CHAPITRE 3. ACCIDENTS DU TRAVAIL ET MALADIES PROFESSIONNELLES

*Article 23. Prestations en nature*

1. Une personne qui a droit, en vertu des dispositions législatives d'un État contractant, à des prestations en nature au titre d'un accident du travail ou d'une maladie professionnelle reçoit, en cas de résidence sur le territoire de l'autre État contractant, des prestations en nature de l'institution de son lieu de résidence selon les dispositions législatives applicables par cette institution, aux frais de l'institution compétente. Les dispositions du paragraphe 2 de l'article 11 sont applicables mutatis mutandis.

2. Les prestations en nature visées au paragraphe 1 sont servies :

En Autriche, par la Caisse régionale d'assurance maladie pour ouvriers et employés du lieu de résidence de l'intéressé;

En Turquie, par l'Office des assurances sociales.

3. Pour le remboursement des frais exposés en application du paragraphe 1, les dispositions de l'article 15 sont applicables mutatis mutandis.



*Article 24. Compensation pour maladies professionnelles*

Si une maladie professionnelle doit être prise en charge selon les dispositions législatives des deux États contractants, les prestations ne doivent être accordées que selon les dispositions législatives de l'État contractant sur le territoire duquel a été exercée en dernier lieu une occupation susceptible de causer une telle maladie professionnelle.

TITRE IV. DISPOSITIONS DIVERSES

*Article 25. Devoirs des autorités compétentes,  
entraide administrative et judiciaire*

1. Les autorités compétentes déterminent par accord les dispositions administratives nécessaires à l'exécution du présent Accord.

2. Les autorités compétentes se communiquent mutuellement :

- a) Toutes les mesures adoptées en vue de l'application du présent Accord;
- b) Toutes les modifications de leur législation, qui ont une incidence sur l'application du présent Accord.

3. Les institutions et les autorités des deux États contractants se prêtent mutuellement assistance lors de l'application des dispositions législatives mentionnées au paragraphe 1 de l'article 2 et des dispositions du présent Accord, comme s'il s'agissait de l'application de leurs propres dispositions législatives. Cette assistance sera fournie gratuitement. Les autorités compétentes des deux États contractants pourront toutefois convenir du remboursement de certains frais.

4. Les institutions et les autorités des États contractants peuvent, aux fins de l'application du présent Accord, entrer directement en relation entre elles ou avec les intéressés ou leurs représentants.

5. Les institutions, les autorités et tribunaux d'un État contractant ne rejettent aucune requête ou autre pièce qui leur est adressée pour la raison qu'elle est rédigée dans la langue officielle de l'autre État contractant.

6. Les examens médicaux qui sont effectués en application de la législation d'un État contractant et qui concernent des personnes qui résident sur le territoire de l'autre État contractant sont pratiqués à la demande de l'institution compétente et à ses frais par l'institution du lieu de résidence ou de domicile.

*Article 26. Services de liaison*

Les autorités compétentes créent des services de liaison afin de faciliter l'application du présent Accord et en particulier pour établir une liaison simple et rapide entre les institutions intéressées.

*Article 27. Exemption d'impôts et certification*

1. Le bénéfice de l'exemption ou de la réduction des taxes, droits de timbres, frais de tribunal ou d'inscription prévue par la législation de l'un des États contractants pour les documents ou pièces à produire en application de la législation dudit État contractant s'étend également aux documents et autres pièces à produire en application du présent Accord ou de la législation de l'autre État contractant.

2. Il n'est pas nécessaire que les actes et documents de toute nature qui doivent être produits en application du présent Accord soient certifiés conformes.

*Article 28. Dépôt de pièces*

1. Les demandes, déclarations ou recours qui sont présentés en vertu du présent Accord ou des dispositions législatives d'un État contractant à une autorité, une institution ou un autre organisme compétent de l'un des États contractants sont assimilés à des demandes, déclarations ou recours à une autorité, une institution ou un autre organisme compétent de l'autre État contractant.

2. Une demande de prestation présentée conformément à la législation de l'un des États contractants est considérée comme une demande de prestation analogue présentée conformément à la législation de l'autre État contractant, applicable en raison des dispositions du présent Accord; la présente disposition ne s'applique pas lorsque le requérant demande expressément que soit différée la détermination des droits acquis en raison de l'âge selon la législation de l'un des États contractants.

3. Les demandes, déclarations ou recours qui, conformément à la législation de l'un des États contractants, doivent être présentés dans un délai déterminé à une autorité, une institution ou un autre organisme compétent de cet État contractant, peuvent être présentés dans le même délai à l'organisme correspondant de l'autre État contractant.

4. En application des dispositions des paragraphes 1 à 3, l'autorité, l'institution ou l'organisme auquel sont présentés les demandes, déclarations ou recours les transmet immédiatement à l'organisme compétent de l'autre État contractant.

*Article 29. Modes de règlement*

1. Les institutions d'un État contractant qui, en vertu des dispositions du présent Accord, doivent effectuer des versements à des bénéficiaires se trouvant sur le territoire de l'autre État contractant, peuvent les servir avec effet libératoire dans la monnaie du premier État contractant; s'ils doivent effectuer des versements à des institutions se trouvant sur le territoire de l'autre État contractant, les versements doivent être effectués dans la monnaie de cet État contractant.

2. Les virements de montants nécessaires à l'exécution du présent Accord seront effectués conformément aux dispositions des accords de paiement en vigueur entre les deux États contractants au moment du virement.

*Article 30. Procédures d'exécution*

Les montants qui sont dus à une institution d'un État contractant peuvent être recouvrés sur le territoire de l'autre État contractant selon les procédures administratives en vigueur pour le recouvrement des montants dus aux institutions correspondantes de cet État contractant.

*Article 31. Calcul des avances*

1. Si une institution de l'un des États contractants a versé une avance sur une prestation, l'institution de l'autre État contractant doit opérer une retenue sur le complément à verser pour la même période au titre d'une prestation correspondante à laquelle un droit existe en vertu des dispositions législatives de ce dernier État, à la demande et au bénéfice de la première institution. Si l'institution d'un État contractant a versé, pour une période pour laquelle l'institution de l'autre État contractant doit verser par la suite une prestation correspondante, une somme supérieure à celle qu'elle était tenue de verser, le montant de l'excédent est considéré comme une avance au sens de la première phrase jusqu'à concurrence du montant à verser en supplément.

2. Si dans un État contractant une prestation de l'assistance sociale ou une prestation temporaire au titre de l'assurance-chômage a été accordée à un ayant droit au cours d'une période pendant laquelle celui-ci avait droit à des prestations en espèces, l'institution débitrice ou l'organisme payeur retient, à la demande et pour le compte du service en question, sur les sommes dues pour la même période, un montant jusqu'à concurrence de la totalité des prestations versées, comme s'il s'agissait d'une prestation en espèces au titre des dispositions législatives de l'État contractant sur le territoire duquel a son siège l'institution ayant formulé la demande.

*Article 32. Indemnisation*

1. Si une personne qui a droit à des prestations en vertu de la législation de l'un des États contractants au titre d'un dommage survenu sur le territoire de l'autre État contractant, en vertu de la législation de cet État contractant, réclame à un tiers réparation dudit dommage, l'institution du premier État contractant est subrogée conformément à la législation qui y est applicable au droit du bénéficiaire à réparation.

2. Si une institution de l'un des États contractants, de même qu'une institution de l'autre État contractant, en raison des prestations de même nature réclamées pour un même dommage, ont droit à réparation, le tiers en question peut satisfaire avec effet libératoire ces droits transférés aux deux institutions, en vertu des dispositions du paragraphe 1 du présent article, par un paiement à l'une ou l'autre institution. Dans leurs relations internes, les institutions sont solidairement tenues d'effectuer une péréquation sur la base des prestations qu'elles ont à verser.

*Article 33. Règlements des différends*

1. Tout différend entre les deux États contractants concernant l'interprétation ou l'application du présent Accord font l'objet de négociations immédiates entre les autorités compétentes des deux États contractants.

2. Si le différend ne peut être réglé de cette manière dans les six mois, il sera soumis à la demande de l'un ou l'autre des États contractants, à un tribunal d'arbitrage qui sera constitué comme suit :

- a) Chaque État contractant désigne un arbitre dans un délai d'un mois à compter de la réception de la demande de décision arbitrale. Les deux arbitres ainsi désignés désignent comme troisième arbitre le ressortissant d'un État tiers, dans un délai de deux mois à compter de la notification la plus tardive des deux dates de désignation;
- b) Si l'un des États contractants n'a pas désigné d'arbitre dans les délais prescrits, l'autre État contractant peut prier le Président de la Cour européenne des droits de l'homme de le faire. Il en est de même à la demande de l'un des États contractants, si les deux arbitres ne peuvent convenir du choix d'un troisième arbitre;
- c) Si le Président de la Cour européenne des droits de l'homme a la nationalité de l'un des deux États contractants, les fonctions qui lui sont dévolues par le présent article sont confiées au Vice-Président de la Cour ou au juge de rang le plus élevé de la Cour, qui ne se trouve pas dans cette situation.

3. Le tribunal d'arbitrage décide à la majorité des voix et ses décisions s'imposent aux deux États contractants. Chaque État contractant prend en charge les frais de participation de l'arbitre qu'il désigne. Les autres frais sont partagés à égalité entre les deux États contractants. Le tribunal d'arbitrage établit lui-même son règlement intérieur.

TITRE V. DISPOSITIONS PROVISOIRES ET FINALES

*Article 34. Dispositions provisoires*

1. Le présent Accord ne confère aucun droit à des paiements de prestations pour des périodes antérieures à son entrée en vigueur ou à des personnes mentionnées au paragraphe 3 de l'article 35 avant le 1<sup>er</sup> octobre 1996, à moins que les dispositions législatives des États contractants ne prévoient l'effet rétroactif de certaines prestations en cas de demande présentée dans les délais requis.

2. Pour déterminer si une personne a droit à des prestations, conformément aux dispositions du présent Accord, il est également tenu compte de périodes d'assurance accomplies conformément à la législation de l'un des États contractants avant l'entrée en vigueur du présent Accord.

3. Sous réserve des dispositions du paragraphe 1, le présent Accord s'applique également aux cas pour lesquels des assurances ont été contractées avant son entrée en vigueur, à condition qu'ils n'aient pas déjà été réglés sous forme de versement de capital.

4. Le présent Accord ne doit pas affecter les prestations reçues avant son entrée en vigueur.

5. Si une personne qui n'est pas couverte en vertu du paragraphe 3 de l'article 5 présente une demande de prestation dans les deux ans suivant l'entrée en vigueur du présent Accord, les prestations doivent être versées à partir de l'entrée en vigueur du présent Accord sans que la personne concernée ne soit soumise à des délais déterminés ou à des prescriptions.

*Article 35. Entrée en vigueur*

1. Le présent Accord est soumis à ratification. Les instruments de ratification seront échangés dès que possible à Ankara.

2. Le présent Accord entre en vigueur le premier jour du mois qui suit le mois au cours duquel les instruments de ratification sont échangés.

3. Les dispositions du présent Accord, qui s'appliquent à l'acquisition et à l'octroi de prestations de la sécurité sociale sont appliquées à partir du 1er octobre 1996 aux personnes auxquelles s'appliquait la Convention sur la sécurité sociale entre les deux États contractants avant cette date. Dans la mesure où, dans la période précédant l'entrée en vigueur du présent Accord, on a procédé autrement en ce qui concerne l'octroi de prestations en nature, les choses en restent là.

*Article 36. Abrogation*

1. Le présent Accord est conclu pour une durée indéterminée. Chaque État contractant peut le dénoncer par écrit, par la voie diplomatique, avec un préavis de six mois avant la fin d'une année civile.

2. En cas de dénonciation, les dispositions du présent Accord continueront de s'appliquer aux droits acquis.

En foi de quoi les plénipotentiaires des deux États contractants ont signé le présent Accord.

Fait à Vienne, le 28 octobre 1999, en deux exemplaires originaux, en langues allemande et turque, les deux textes faisant également foi.

Pour la République d'Autriche :

PROSL

Pour la République de Turquie :

ÖMER AKBEL

